

Kommune 21

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

Elektronische Rechnung

Strukturierte Daten statt Papierstapel



E-Government

- **DStGB:**

Besser spät als nie –
Kommunaler Spitzenverband
gründet Digitalisierungsausschuss

Informationstechnik

- **Künstliche Intelligenz:**

Was über den Erfolg
KI-gestützter Systeme in
Behörden entscheidet

Praxis

- **Kreis Regensburg:**

Landratsamt ist Vorreiter
bei der Automatisierung
interner Prozesse



Spezial

- **Zukunftskongress:**

Veranstaltung in Berlin setzt
Impulse für die weitere
Digitalisierung

Rundum digital

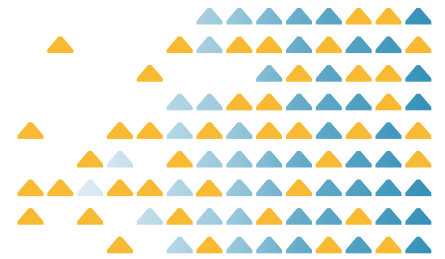
AKDB



Nutzerfreundliche Online-Anträge

AKDB-Mitarbeitende wie Anja sorgen dafür, dass Bürgeranträge Ende-zu-Ende digital verlaufen: vom Antrag bis zum Nachweis im Bürgerpostfach. Damit Sie für Ihre Bürger rundum digital aufgestellt sind.

www.akdb.de/loesungswelt



Digitalisierung unter den Dächern öffentlicher Verwaltungen

- » Dokumentenmanagement und Archivierung, mit Akten-/Produktplan
- » E-Akte für Steuern und Abgaben, Bau, Friedhof, Personal, u.v.m.
- » E-Rechnung, Kasse und elektronischer Kontoauszug
- » Integration in jedes Finanzwesen, Workflow, Fachverfahren, DMS, Service BW und OZG
- » Menschenzentriert, teambasiert, einfach und effizient in Anwendung und Bedienung
- » Erfolgreich im Einsatz in weit über 100 Kommunen in Baden-Württemberg
- » Seit über 30 Jahren ein zuverlässiger Partner der kommunalen Verwaltung

Liebe Leserinnen und Leser,

über ein Vierteljahrhundert lang blieb die Struktur der Ausschüsse im Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) unverändert. Nun hat der kommunale Spitzenverband einen Digitalisierungsausschuss gegründet (Seite 10). Die digitale Transformation in Städten und Gemeinden müsse ins Zentrum der kommunalpolitischen Diskussion rücken, so der Verband. Diese Erkenntnis ist allerdings nicht neu. Bemerkenswert ist, dass der Ausschuss seine Arbeit zu einem Zeitpunkt aufnimmt, an dem auch auf Bundesebene ein neues Kapitel aufgeschlagen wird.

Mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) erhält die Bundesrepublik erstmals ein eigenständiges Digitalressort, in dem die Zuständigkeiten von sechs Ministerien gebündelt werden (Seite 6). Klar ist allerdings: Ohne die Mitwirkung der Kommunen bleibt die digitale Staatsmodernisierung ein Stückwerk. Über den IT-Planungsrat konnten sie bislang bereits beratend Einfluss nehmen. Oft wurden jedoch entscheidende Weichen ohne wirkliche Einbindung der kommunalen Ebene gestellt.

Das soll sich nun ändern. Der neue Digitalisierungsausschuss will die kommunale Perspektive frühzeitig in bundespolitische Prozesse einbringen. „Wir wollen in absehbarer Zeit direkte Gespräche im Digitalministerium führen und die Situation in Kommunen darlegen“, sagt Michael Dreier, Bürgermeister von Paderborn und Vorsitzender des Ausschusses. Ziel sei es, künftige Gesetzgebungsverfahren so zu gestalten, dass die Umsetzung in Städten und Gemeinden von Beginn an berücksichtigt wird.

Ihr

Alexander Schaeff



Jürgen Altmann

GELAS

Digitalisierungssysteme

Anton-Schmidt-Str. 3
D - 71332 Waiblingen

T: 07151 9534-0
Info@Gelas.de
www.gelas.de

E-Government

DStGB: Ausschuss für Digitalisierung gegründet 10

Hannover: Taskforce und Fonds für Digitalisierung 12

Interview: Dirk Nerling, PDV, über die Neupositionierung der Firmengruppe 14

Titel

E-Rechnung: ZUGFeRD bleibt am Puls der Zeit 16

Gesetzgebung: Neue Vorgaben verändern Prozesse, Formate und Erwartungen 18

E-Rechnungspflicht: Cloudplattform bringt Erleichterung 20

B2B: Vorteile der E-Rechnung ... 22

Informationstechnik

Künstliche Intelligenz: Klare ethische Leitplanken und Trainingsdaten erforderlich 24

IT-Beschaffung: Baukastensystem soll die Erstellung von IT-Verträgen vereinfachen 26

BIM: Erstes Projekt des Staatlichen Bauamts Schweinfurt 28

Gewerbesteuerbescheid: Eichenzell ist Vorreiter in Hessen 30

Terminmanagement: Warum eine Hybridlösung optimal ist 32

Kita-Lösungen: Studie beleuchtet die Vorteile von Kita-Apps 34

Kreis Paderborn: Kitaplatzvergabe und -verwaltung werden digital abgewickelt 37

Lösungen: Wie Software die Kitaplatzvergabe vereinfachen kann 38

Ordnungswidrigkeiten: Software unterstützt den Innen- und Außendienst 40

Praxis

Kreis Regensburg: In Bayern vorne dabei 42

Heidelberg: Der Weg zu resilienter IT 44

Spezial

Zukunftskongress: Plattform für die strategische Neuausrichtung von Staat und Verwaltung 46

Statements: Laut Marc Groß, KGSt, brauchen Kommunen für die Digitalisierung eine echte Partnerschaft mit dem Bund 48

Statements: Bernd Schlömer, Sachsen-Anhalt, und Christian Pfromm, Hamburg, über Erwartungen an die neue Bundesregierung 49

Messe-News: Capgemini, tts, anacision, GISA, Dataport, Picture, Materna, Accenture 50

Rubriken:

Editorial 3
News 6
IT-Guide 51
Vorschau, Impressum 58



Elektronische Rechnungen

Mit der Einführung der E-Rechnungspflicht im B2B-Bereich erwartet Kommunen ein deutlicher Anstieg eingehender E-Rechnungen. Neue Vorgaben verändern Prozesse, Formate und Erwartungen – mit wachsendem Anpassungsdruck für die Rechnungsstellen in Kommunen.

ab Seite 16



KI in der Kommune?! Aber sicher!



Künstliche Intelligenz ist wie Feuer: Sie kann alles erhellen, aber auch ein ganzes Rathaus abfackeln! Kein Wunder, dass Kommunen sich so schwer damit tun, ihren Mitarbeitern die offizielle Nutzung zu ermöglichen. Auch wenn sie wissen, dass sie sich damit massiv ausbremsen.

Sidekick™ zähmt das Feuer der KI und sichert außerdem die Einhaltung der Legal-Hold- und DSGVO-Bestimmungen. Als eigenständiger Multi-Model-Chat-Server kann Sidekick™ sogar vollständig auf Ihre eigenen Anforderungen angepasst werden. Ihre Intelligent Agents verhalten sich dank individueller Brie-

fings und spezifischem Wissen so, wie Sie es von Ihren Mitarbeitern erwarten. Sidekick™ bringt das Feuer der KI in Ihre Kommune. Aber sicher!

Gerne unterstützen wir Sie bei Fragen rund um Sidekick™ und beraten Sie bei der Einführung in Ihrer Kommune. Sie erreichen uns unter: 02561/913122.

News-Ticker

Hamburg: Service Pop up

Mit dem „Hamburg Service Pop-up“ will die Freie und Hansestadt den Bürgern die Einrichtung der eID-Funktion des Personalausweises erleichtern.

• <https://t1p.de/jy8ls>

TEK-Service: Nachhaltiger Einkauf

In die Einkaufslösung von TEK-Service ist der ESG Score für nachhaltige Kaufentscheidungen integriert. Dafür sorgt eine Kooperation mit SUSTAYNR.

• www.tek-service.de

Halle (Saale): Bessere Barrierefreiheit

Die Inhalte des Internetauftritts der Stadt Halle (Saale) stehen nun auch in Leichter Sprache und Gebärdensprache zur Verfügung.

• <https://halle.de>

Konstanz: Sensoren für schlaue Ampeln

In Konstanz wird erforscht, wie Fußgängerampeln mit LiDAR-Sensorik und Künstlicher Intelligenz smarter gesteuert werden können.

• www.konstanz.de

Dresden

Stadtplan kann mehr

Wer sich über Dresden informieren möchte, findet auf stadtplan.dresden.de weit mehr als nur Straßen und Wege: Die interaktive Kartenanwendung bietet Zugriff auf über 400 spezifische Themen rund um das Stadtgebiet. Nutzerinnen und Nutzer könnten dabei zwischen farbigen oder grauen Straßenkarten, Luftbildern aus verschiedenen Jahren sowie historischen Karten wählen. Rund 200.000 Zugriffe monatlich zeigen nach Angaben der Verwaltung, dass der Themenstadtplan ein etabliertes Werkzeug für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Forschung und Stadtentwicklung ist. Im Unterschied zu gängigen Karten- und Navigationsdiensten biete der Themenstadtplan gezielt auf Dresden zugeschnittene Informationen. Dazu zählen zum Beispiel die Standorte aller öffentlichen Trinkwasserbrunnen, die Darstellung von Grundstücken im Eigentum der Stadt, aktuelle und geplante Baustellen sowie die Verteilung von Altkleidercontainern.

<https://stadtplan.dresden.de>

Stuttgart

Wertvolles Werkzeug

Die Stadtverwaltung Stuttgart setzt jetzt die Kollaborationsplattform Nextcloud ein. Wie der gleichnamige Plattformanbieter mitteilt, ermöglicht sie es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Dokumente sicher zu speichern, zu teilen und gemeinsam zu bearbeiten. Auch der Datenaustausch mit externen Partnern sei auf jedem Endgerät möglich. Dank intuitiver Oberfläche sei die Einarbeitung neuer Plattformnutzer einfach. Obendrein verbleibe die Datenhoheit bei der Kommune, da alle Informationen im städtischen Rechenzentrum gespeichert sind. Thomas Bönig, Leiter des Amts für Digitalisierung, Organisation und IT, sagt: „Nextcloud ist für die Stadtverwaltung ein wertvolles Werkzeug für die interne Zusammenarbeit und den sicheren Datenaustausch mit externen Partnern.“

www.stuttgart.de

www.nextcloud.de

Ingolstadt

Schneller Datenzugriff

In welchen Unterbezirken leben die meisten Ledigen? Wie viele Autos gibt es in der Stadt? Wo wird am meisten gebaut? Solcherlei Fragen lassen sich ab sofort einfacher beantworten – dank offener Verwaltungsdaten, welche die Stadt Ingolstadt nun auf dem bayerischen Open-Data-Portal [open.bydata](http://open.bydata.de) veröffentlicht. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz ermöglicht es dabei, eine bisher mühsame Arbeit zu automatisieren: Die (Meta-)Beschreibungen zu den Datensätzen werden jetzt automatisch erstellt, so die Stadt. Dies sorgt dafür, dass Bürgerinnen und Bürger, aber auch Wirtschaft und Wissenschaft, schneller auf Informationen zugreifen können. Rund 200 offene Datensätze stehen aktuell bereit. Die durch den KI-Einsatz gewonnene Zeit will die Stadt nutzen, um weitere Datenbestände zu veröffentlichen.

www.ingolstadt.de

BMDS

Digitale Zukunft gestalten

Das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) hat Mitte Mai offiziell seine Arbeit aufgenommen. Die neue Behörde bündelt zentrale Aufgaben der Informationstechnologie des Bundes an einer Stelle. Die Leitung des neuen Ministeriums übernimmt Karsten Wildberger. „Mit der Gründung des ersten deutschen Digitalministeriums sendet Deutschland ein deutliches Signal: Digitalisierung und Staatsmodernisierung genießen für diese Bundesregierung herausgehobene Priorität“, betonte Wildberger bei der Amtsübernahme. Mit der Neugründung des Bundesdi-

gitalministeriums wird zugleich die Rolle des Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik abgeschafft. Der vormalige Bundes-CIO Markus Richter wechselt als Staatssekretär in das BMDS. Dies sei ein starkes Signal für einen nachhaltigen und strukturell verankerten digitalen Aufbruch, schreibt Richter dazu auf LinkedIn. Auch die Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen und internationalen Partnern sei ein zentrales Anliegen. Richter: „Wir fokussieren uns auf den Bund – und laden zugleich Länder, Kommunen sowie europäische und internationale Partner ein, gemeinsam mit uns die digitale Zukunft zu gestalten.“

<https://bmds.bund.de>



Ab 2026 Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung Ist Ihre Kommune bereit?



LITTLE BIRD – Ihr Partner für Schüler- und Hortbetreuung

Unsere Mission:

- Eltern entlasten
- Träger & Einrichtungen unterstützen
- Prozesse vereinfachen

Ab 2026 haben Familien Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung für ihr Kind im Grundschulalter - und die Nachfrage wird steigen. Wie stellen Sie sicher, dass Vergabe und Verwaltung reibungslos laufen?

Über 600 Kommunen vertrauen bereits auf LITTLE BIRD. Machen Sie Ihre Verwaltung zukunftssicher – einfach, effizient und digital!

- **Eltern erfassen ihre Daten nur einmal:** automatische Datenübernahme, digitale Vertragsverwaltung & Dokumentenmanagement – kein Papierchaos mehr
- **Effiziente Platzvergabe & Verwaltung:** schneller, übersichtlicher, unkomplizierter
- **Automatische Berechnung von Gebühren & Statistiken** – auf Knopfdruck verfügbar
- **Direkte Kommunikation zwischen Eltern & Einrichtungen** – mit unserer KIKOM-App

**Jetzt Kontakt
aufnehmen**

www.little-bird.de | vertrieb@little-bird.de | +49 (0)30 2359155-77

Scan mich





KI-Klon als Nachrichtensprecher.

Kreis Darmstadt-Dieburg **Videoformat mit KI**

Ergänzend zum Newsletter informiert die Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg die Bürgerinnen und Bürger seit Neuestem über ein Kurzvideo-Angebot namens LaDaDi KOMPAKT. Das Nachrichtenformat fasst die wichtigsten Neuigkeiten zusammen und wird nach Angaben der Kreisverwaltung auf Instagram und YouTube

ausgespielt. Die Produktion nehme dabei jeweils nur eine knappe halbe Stunde in Anspruch. Wie die Kreisverwaltung weiter mitteilt, werden für das Format mehrere Anwendungen aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz kom-

biniert: Zunächst diene Kreisarchivar Jan Prößdorf als Vorlage für einen Nachrichtensprecher-Klon. Ein selbst geschriebenes KI-Skript komprimiert dann die neuesten Informationen der Kreisverwaltung und füttert den Klon mit den Inhalten, damit dieser sie vorträgt – und zwar mit Prößdorfs Stimme, lippensynchron und dazu noch in jeder beliebigen Fremdsprache.

www.ladadi.de

dataMatters

urbanOS für Smart Cities

Das Kölner Start-up dataMatters hat mit urbanOS ein eigenes Betriebssystem für Smart Cities entwickelt. Es soll die Digitalisierung kommunaler Infrastrukturen auf einer einheitlichen technischen Basis ermöglichen. Über einen eigenen App Store können städtische Einrichtungen oder Unternehmen digitale Dienste zur Integration bereitstellen. Technische Basis ist ein mehrschichtiges Architekturmodell: Sensoren erfassen Umweltdaten, Bewegungsmuster oder Infrastrukturauslastung, die in einem kommunalen Datenraum verarbeitet und mit Künstlicher Intelligenz (KI) ausgewertet werden.

www.datamatters.io

AKDB

Lösung für Bauaufsicht

Mit OTS BAU SaaS bietet die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) jetzt eigenen Angaben zufolge allen Bauaufsichtsbehörden eine cloudbasierte Lösung, die medienbruchfreie Baugenehmigungsprozesse, maximale Nutzerfreundlichkeit, Sicherheit und Skalierbarkeit garantiert und zudem keinen Installationsaufwand erfordert. Als Managed Software-as-a-Service (SaaS) wird die Lösung direkt aus der AKDB-Cloud bezogen. Wartung, Administration und Support erfolgen durch die AKDB. Wie der kommunale IT-Dienstleister mitteilt, ergeben sich für Baugenehmigungsbehörden dadurch erhebliche Vorteile: So passe sich die Software etwa an veränderte Anforderungen an – egal, ob es sich um das Anlegen zusätzlicher Nutzer, um neue Funktionalitäten, die Nachnutzung oder Integration neuer Module handle.

www.akdb.de

Potsdam

Rat hat sich bewährt

Im Jahr 2021 wurde der Potsdamer Digitalisierungsrat initiiert, um die brandenburgische Landeshauptstadt auf dem Weg zur smarten, digitalen Stadt zu begleiten. Nun fand die Abschlusssitzung des Expertengremiums statt. Oberbürgermeister Mike Schubert und der Vorsitzende des Digitalisierungsrats, Nico Marquardt, bedankten sich bei den 20 Mitgliedern des Expertengremiums. Mit Unterstützung des Digitalisierungsrats sei Potsdam in den vergangenen drei Jahren auf dem Weg zur Smart City weiter vorangekommen. Die engagierten Mitglieder hätten maßgeblich dazu beigetragen, innovative

Lösungen zur Digitalisierung in allen Bereichen zu erarbeiten und umzusetzen. „Das Engagement der Expertinnen und Experten unseres Digitalisierungsrats ist ein entscheidender Baustein für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Ihre Beratung und Unterstützung helfen uns auch, die Digitalisierung der Verwaltung weiter voranzubringen. Dass es dabei vorwärtsgeht, wird beispielsweise bei der Verfügbarkeit von immer mehr digitalen Bürgerleistungen, beim Start der Urbanen Datenplattform in diesem Frühjahr oder auch an der deutlichen Verbesserung im letzten Bitkom-Smart-City-Ranking sichtbar“, sagte OB Schubert.

www.potsdam.de

Essen

Feedback der Bürger

Die Nationale Feedback Komponente (NFK) ist jetzt in die Online-dienste im Serviceportal der Stadt Essen integriert. Die neue Funktion ermöglicht es Nutzenden, gezielt Feedback zu städtischen Online-diensten zu geben. Diese Rückmeldungen werden anonym übermittelt und systematisch ausgewertet. Sie fließen unmittelbar in die Verbesserung und Weiterentwicklung der digitalen Angebote der Stadt Essen ein, heißt es in der Pressemeldung. Die neue Funktion findet sich beim Ausfüllen von digitalen Formularen. Mit einem Klick auf die blau unterlegte Frage „Haben Sie Feedback?“ am unteren Ende des Formulars öffnet sich ein Eingabefenster. Dort können Bürgerinnen und Bürger anhand der Vergabe von Sternen bewerten, wie einfach es war, das digitale Formular auszufüllen.

www.essen.de

Brandenburg

Service per Videokabine

Das Brandenburger Projekt LISA – die Kurzform für „Leistungs-, Informations- und Service-Angebot“ – ermöglicht älteren Menschen einen einfachen Zugang zu digitalen Verwaltungsdienstleistungen. An verschiedenen Standorten im Landkreis Uckermark bietet LISA Videokabinen für Seniorinnen und Senioren, die aber auch allen anderen Bürgern offen stehen. Per Bildschirm kann eine direkte Verbindung zu Mitarbeitenden der Kreisverwaltung hergestellt werden. So sind Beratungs- und Serviceangebote der Verwaltung bequem per Videotermin zugänglich – ganz unabhängig vom Wohnort und der Entfernung zur Kreisverwaltung.

www.brandenburg.de

München

Integreat erweitert

Der Onlinewegweiser Integreat wird fünf Jahre alt und verfügt zum Jubiläum über neue Erweiterungen. Wie die bayerische Landeshauptstadt München in ihrem IT-Blog berichtet, werden die bisherigen Sprachen auf jetzt 20 ergänzt. Bürgermeisterin Verena Dietl sagt: „Ich gratuliere herzlich zum fünfjährigen Jubiläum. Integreat ist mehr als nur ein Informationsportal. Die Inhalte bieten einen schnellen

Zugang zu Informationen und direkte Kontaktmöglichkeiten zu den Münchner Anlauf- und Beratungsstellen.“ Mit Integreat können sich Geflüchtete und Neuzugewanderte in der Millionenstadt in verschiedenen Bereichen zurechtfinden. Integreat habe mehrere Kapitel wie zum Beispiel Gesundheit, Deutschkurse, Aufenthaltsrecht, Bildung und Wohnen. Ebenso gibt es Informationen speziell für Kinder und Familien.

<https://integreat.app/muenchen/de>

Anzeige



EGAL WO EGAL WANN EGAL WIE

MOBIL UND FLEXIBEL IM FINANZWESSEN

Digitales mobiles Arbeiten, intuitive Bedienung, individuell gestaltete Arbeitsplätze und coole Standards!

Unsere Modern Clients sind das neue Gesicht von Infoma – und Ihr Ticket für einen Arbeitsplatz 2.0. Arbeiten Sie egal an welchem Ort, egal zu welcher Zeit, egal mit welchem Gerät.



Alle Highlights auf einen Blick:
Film ab!



Mehr kommunaler Einfluss

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat einen Ausschuss für Digitalisierung gegründet. Dieser will auf die Belange der Kommunen bei Digitalprojekten aufmerksam machen und frühzeitige Einbindung erwirken.

Es kommt wohl auf die Perspektive an, ob man die Gründung eines Digitalisierungsausschusses bei einem kommunalen Spitzenverband zum jetzigen Zeitpunkt als verspätet, rechtzeitig oder zukunftsweisend erachtet. Das Gewicht, das der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) seinem neu gegründeten Ausschuss für Digitalisierung verleiht, ist der Bedeutung des Themas zumindest angemessen: Das Gremium besteht aus 35 Mitgliedern aus 17 Mitgliedsverbänden – überwiegend Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Oberbürgermeister – und will sich „mit großer kommunaler Expertise den entscheidenden Digitalisierungsthemen in den Kommunen annehmen“, so DStGB-Hauptgeschäftsführer André Berghegger anlässlich der Gründungssitzung Anfang Mai. Zudem legt der DStGB auf die Feststellung wert, dass der Ausschuss die erste Neugründung seit 25 Jahren sei und in der gleichen Liga spiele wie etwa die Verbandsgrößen Schule, Sport, Kultur oder Wirtschaft, Tourismus, Verkehr.

Die Digitalisierung ist damit als Leitthema in den Kommunen und bei ihren Repräsentanten angekommen. „Digitalisierung spielt für Kommunen eine deutlich größere



Der DStGB-Ausschuss für Digitalisierung hat 35 Mitglieder.*

Rolle als noch vor ein paar Jahren“, sagt Alexander Handschuh, Sprecher des DStGB. „Das Thema ist facettenreicher geworden, zumal auch die technischen Werkzeuge immer vielfältiger werden. Wir haben im Verband festgestellt, dass es nicht mehr funktioniert, das gesamte digitale Themenspektrum von Cybersicherheit über Smart City bis zu Verwaltungsdigitalisierung und Künstlicher Intelligenz innerhalb anderer Ausschüsse abzubilden. Insofern ist das neu gegründete Gremium Ausdruck für die deutlich gestiegene Bedeutung der Digitalisierung für die Kommunen.“

Einer der Impulsgeber und Gründer des Digitalisierungsausschusses, zudem nun dessen Vorsitzender, ist der Paderborner

Bürgermeister Michael Dreier. Der gelernte Elektroingenieur hat eine ausgewiesene Affinität zum Digitalen und hat früh dessen Bedeutung für die moderne Verwaltung erkannt. Dreier sorgte dafür, dass Paderborn zur digitalen Musterstadt wurde. 2016 nahm die ostwestfälische Domstadt erfolgreich am Bitkom-Wettbewerb Digitale Stadt teil, war anschließend in die Digitalstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen involviert und hat seit 2019 im Rahmen des Modellwettbewerbs Smart City unter anderem eine Open-Data-Plattform entwickelt. „Die Digitalisierung ist ein absolut zentrales Thema für die Verwaltung, für Bürgerinnen

* in der Bildmitte: Alexander Handschuh, Michael Dreier und André Berghegger

und Bürger und die Smart City“, sagt Michael Dreier. „Vor dem Hintergrund dieser Transformation engagiere ich mich gerne im Digitalisierungsausschuss. Wir wollen Sprachrohr für die Kommunen in Deutschland sein.“

Als willkommene Koinzidenz muss die zeitgleiche Errichtung eines Digitalministeriums beim Bund erscheinen. Dessen Zuschnitt sieht vor, das jahrelang auf viele andere Ressorts verteilte digitale Themenspektrum in einem Haus zu bündeln, wo zudem auch IT-Planungsrat und Nationaler Normenkontrollrat untergebracht werden sollen. Davon verspricht sich auch der DStGB mehr Nähe und Unmittelbarkeit. „Für uns als Verband ist es gut, nicht mehr mit einem Bundesministerium für Verkehr und Digitales, einem für Wirtschaft und Energie, für Inneres oder für Wohnen und Stadtentwicklung, sondern mit einem einzigen Haus über das Thema Digitalisierung sprechen zu können“, so Alexander Handschuh.

Über den IT-Planungsrat, an dem sie beratend teilnehmen, konnten die kommunalen Spitzenverbände zwar schon zuvor auf kommunale Belange aufmerksam machen. Doch nun herrscht die Erwartung vor, dass der neue Digitalisierungsausschuss die kommunalen Wünsche noch besser einbringt. Künftig soll es nicht mehr möglich sein, ein Gesetz wie das Onlinezugangsgesetz zu verfassen und dann darauf zu hoffen, dass die kommunale Ebene es schon irgendwie umsetzt. Folgerichtig hat sich der Digitalisierungsausschuss die frühzeitige Einbindung der kommunalen Belange auf die Fahnen geschrieben. „Wir sind ein bundesweiter Fachausschuss

eines der größten kommunalen Gremien in Deutschland“, sagt Bürgermeister Dreier. „Wir wollen in absehbarer Zeit direkte Gespräche im Digitalministerium führen und die Situation in Kommunen darlegen. Kommunen müssen bei künftigen Digitalvorhaben viel stärker berücksichtigt werden.“

Die auf der Gründungssitzung verabschiedeten Beschlüsse spiegeln das neue Selbstverständnis der Kommunen und zugleich auch einen Lernprozess wider. Der Ausschuss fordert nämlich Bund und Länder auf, die Kommunen bei der digitalen Transformation dauerhaft und umfassend zu unterstützen. Interessanterweise wird dabei die Bereitstellung von Basiskomponenten und die Etablierung von verbindlichen Schnittstellen und Standards verlangt, wogegen sich Kommunen jahrelang im Namen der kommunalen Selbstverwaltung gewehrt hatten. Auch mit der BundID als zentralem Einstieg in die digitale Verwaltungswelt hatte man sich zunächst schwergetan – inzwischen wird ihre „rasche und verbindliche Umsetzung und technische Weiterentwicklung“ gefordert.

Beim Thema Smart City macht Michael Dreier darauf aufmerksam, dass der Begriff im Koalitionsvertrag gar nicht auftaucht, jedoch für den Digitalisierungsausschuss ein zentrales Anliegen ist. Die auf Datenbasis intelligent vernetzten Smart Cities könnten dazu beitragen, die Lebensqualität der Bürger sowie die Standortqualität für Unternehmen und die Wirtschaft zu steigern. Insofern fordert der Ausschuss Unterstützungsangebote von Bund und Ländern und einen vereinfachten Zugang zu digitalen

Lösungen. Hierfür ist ein „kuratierter Marktplatz“ im Gespräch, der öffentlichen und privaten Anbietern offenstehen soll. Um den geplanten „Stufenplan Smarte Städte und Regionen“ zu verwirklichen, werden entsprechende Finanzmittel gefordert.

Ein weiterer Beschluss betrifft die Cybersicherheit in Kommunen vor dem Hintergrund einer steigenden hybriden Bedrohungslage. Der DStGB steht auf dem Standpunkt, dass jede Kette nur so stark sei wie ihr schwächstes Glied, und fordert eine verzahnte IT-Sicherheitsarchitektur für alle föderalen Ebenen. Hierfür solle das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) so ausgestattet werden, dass es „in Kooperation mit den Länderstrukturen auch Städte und Gemeinden aktiv unterstützen kann.“ Die Lockerung der Schuldenbremse für sicherheitspolitische Ausgaben müsse daher auch den Bereich Cybersicherheit umfassen.

Mit der Digitalisierung sind anhaltende Kosten verbunden – Geld das vielerorts fehlt. Darauf hinzuweisen und entsprechende Forderungen zu erheben, ist gewiss auch eine Aufgabe eines Gremiums wie dem Digitalisierungsausschuss beim DStGB. Michael Dreiers Plädoyer ist allerdings in beide Richtungen zu verstehen – nach innen wie nach außen: „Alle Kommunen in Deutschland stehen sehenden Auges vor der Wand, was die finanziellen Rahmenbedingungen angeht. Darum ist es umso wichtiger, dass wir auch weiterhin in die Digitalisierung investieren. Sie ist eines der wichtigsten Werkzeuge.“

Helmut Merschmann

Taskforce und Fonds

Felix Weiper

KI und ein wachsendes Angebot an Onlinedienstleistungen verbessern den Service der Stadt Hannover. Die Verwaltung geht die Digitalisierung strategisch an: Sie hat Kompetenzteams installiert und Mittel in Höhe von knapp 50 Millionen Euro mobilisiert.

Hanni – so heißt der jüngste Mitarbeitende der Stadtverwaltung Hannover. Der KI-Chatbot mit dem freundlichen Namen steht in den Startlöchern. Er wird künftig die Menschen in der niedersächsischen Landeshauptstadt dabei unterstützen, sich auf dem städtischen Serviceportal besser zurechtzufinden. Über dieses bietet die Stadtverwaltung inzwischen rund 175 Onlinedienstleistungen an. Mit dem wachsenden Onlineangebot steigt auch die Nachfrage der Bevölkerung rasant. Und längst hat die Stadt die Vorteile von Künstlicher Intelligenz erkannt. KI-gestützte Assistenten sind in der hannoverschen Verwaltung bereits im Einsatz, um zum Beispiel Wohngeldanträge deutlich schneller abzuwickeln oder zu Grundsteuerangelegenheiten zu informieren. Ein Vorteil sowohl für die Kunden der Stadt als auch für die Verwaltungsmitarbeitenden.

„Wir wollen den Service verbessern. Wir wollen schneller und effizienter werden“, so umschreibt Lars Baumann, Dezernent für Digitalisierung, das Ziel. Dafür habe die Verwaltung entsprechende Strukturen geschaffen. Baumann meint damit die Taskforce Digitalisierung und das neue KI-Kompetenzzentrum, die in agil arbeitenden Teams



Stadtverwaltung Hannover macht Tempo bei der Digitalisierung.

die Entwicklung vorantreiben. „Genauso wichtig ist aber auch, dass die Stadt mit ihrem Digitalisierungsfonds über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt“, ergänzt der Erste Stadtrat und Kämmerer Axel von der Ohe.

Im hannoverschen Digitalisierungsfonds stehen für die Jahre 2025 bis 2030 insgesamt 48 Millionen Euro zur Verfügung, um die ambitionierten Digitalisierungsziele zu erreichen. Die Mittel setzt die Stadt ein, um neue Stellen – vor allem für die Programmierung und Projektarbeit – sowie Hard- und Software zu finanzieren. Auch die Besetzung des KI-Kompetenzzentrums mit zwei neu geschaffenen Stellen wird aus dem Fonds finanziert.

Laut von der Ohe rechnet die Stadt Hannover mit einer Digitali-

sierungsrendite. „Das heißt, dass die Stadt mit der fortschreitenden Digitalisierung an Effizienz gewinnen und damit sowohl Personal- als auch Sachkosten sparen wird. Damit ist zeitversetzt eine Gegenfinanzierung des Digitalisierungsfonds gewährleistet“, so der Kämmerer. Städtische Mitarbeitende, deren Stellen mit dem Digitalisierungsfortschritt entfallen, sollen für andere Aufgaben in der Stadtverwaltung qualifiziert werden.

„Die Menschen in Hannover nehmen das digitale Angebot der Verwaltung an“, bilanziert Digitalisierungsdezernent Baumann. So steige die Anzahl der Besuche auf dem Serviceportal der Landeshauptstadt weiter stark an: 2024 registrierte die Verwaltung gut zwei Millionen Besuche, nach rund 1,4 Millionen im Vorjahr. Inse-

samt mehr als 174.000 Anträge wurden 2024 über das Serviceportal eingereicht. Im Vorjahr waren es 116.000 Anträge. Einen starken Zuwachs verzeichnet die Stadt auch bei den Terminen, die über die Terminmanagementsoftware orchestriert werden: Die Fallzahl lag Ende 2024 bei rund 475.000 gemanagten Terminen, von denen mehr als die Hälfte online gebucht wurde, vor allem für Passangelegenheiten in den Bürgerämtern oder für die Kfz-Zulassung. Das ist ein Plus von 27 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

„Wir konzentrieren uns darauf, das digitale Angebot im Serviceportal stetig zu erweitern“, so Baumann. „Dabei stehen einfach zu bedienende Lösungen im Fokus.

Langfristig verfolgen wir die Vision, dass die Antragsbearbeitung so einfach wird wie Onlineüberweisungen oder Onlinebuchungen von Reisen.“

Die Digitalisierung der hannoverschen Stadtverwaltung hat mit der Installation der Taskforce Digitalisierung unter Leitung von Lennart Schaer so richtig Fahrt aufgenommen. Allein 2024 hat die Taskforce 25 Serviceleistungen für Einwohner und Unternehmen als Onlineangebote entwickelt und freigeschaltet. In den kommenden Monaten werden viele weitere Leistungen online gehen.

„Unsere Eigenentwicklungen im Formularservice sind größter Wachstumstreiber für den Ausbau

des städtischen Onlineangebots“, erklärt Schaer. Dagegen profitiere die Stadt Hannover weiterhin nicht in ausreichendem Maß von Serviceleistungen, die im Rahmen des EfA-Verfahrens entwickelt werden. Das Prinzip greift nicht bei allen Leistungen gut und die Vielzahl an unterschiedlichen Plattformen erschwert den Bezug. Hintergrund sind häufig Schnittstellenprobleme und landes- oder kommunalspezifische Anpassungen. „Hannover und die meisten anderen Kommunen sind somit weiterhin für die Mehrzahl der Onlineangebote auf sich selbst angewiesen, um den Service für Einwohnerinnen und Einwohner zu digitalisieren“, so Schaer.

Felix Weiper ist Leiter des Presseteams der Stadt Hannover.

Anzeige

WEITBLICK



MACH®
Verwaltung macht Zukunft

Für Ihre Digitalisierung

Die Unternehmen der MACH Gruppe gehen in MACH auf. Als großer, resilienter Software-Anbieter nutzen wir die starke Thermik der Technologie und geben öffentlichen Verwaltungen massiv Auftrieb. Innovationsgeist, Tempo und Lösungsvielfalt sind hohe Ziele, die wir mit geballter Kraft verfolgen. Nutzen Sie den politischen Rückenwind und kommen Sie mit auf die nächste Etappe unserer Reise.

Leinen los – Zukunft gemeinsam machen

▶▶▶ www.mach.de

Klare Fokussierung

Das Softwareunternehmen PDV hat sich durch Übernahmen im kommunalen Markt verstärkt. Kommune21 hat mit Geschäftsführer Dirk Nerling über die strategischen Hintergründe und die neue Positionierung der Firmengruppe gesprochen.

Herr Nerling, PDV ist seit mehr als drei Jahrzehnten im Bereich der Digitalisierung tätig. Wie hat sich das Unternehmen in dieser Zeit entwickelt?

Die PDV GmbH wurde 1990 gegründet und war zunächst als Hardware-Partner von Digital Equipment tätig. Aus dieser Tätigkeit heraus entstand die Idee, auch Software für die öffentliche Verwaltung anzubieten. Eines unserer ersten Produkte basierte auf dem Groupware-Produkt Linkworks. Später erkannten wir das Potenzial, eigene Lösungen zu entwickeln. Ein wichtiger Meilenstein war die Teilnahme an der DOMEA-Zertifizierung des Bundes, die wir mehrfach erfolgreich bestanden haben. Das ebnete uns den Weg, uns an Ausschreibungen für Dokumentenmanagementsysteme und elektronische Archivierung zu beteiligen und zahlreiche Bundesländer als Kunden zu gewinnen.

Was wurde bei der Digitalisierung der Verwaltung aus Ihrer Sicht bislang erreicht?

Die Politik hat die Bedeutung der Digitalisierung erkannt und viele gute Ideen umgesetzt. Das DOMEA-Konzept war ein vielversprechender Ansatz, die Digitalisierung zu beschleunigen, indem zertifizier-

te Anbieter ohne weitere Ausschreibungen beauftragt werden können. Leider konnte dies nicht konsequent umgesetzt werden und es blieb bei einzelnen Vergaben. Ähnlich beim Onlinezugangsgesetz (OZG): Die Idee ist gut, aber die Umsetzung bedingt Standards und viel Aufwand durch die föderale Struktur. Jedes Bundesland entwickelte eigene Lösungen, die Interoperabilität kommt zu kurz. Das hat Zeit und Ressourcen gekostet. Dennoch wurden wichtige Fortschritte erzielt, etwa mit den Serviceportalen in Sachsen und Baden-Württemberg, die Bürgern und Wirtschaft spürbare Erleichterungen bringen.

PDV ist auch in den kommunalen Markt eingestiegen. Welche strategischen Überlegungen standen hinter der Übernahme von Unternehmen wie CC e-Gov oder regisafe?

Wir waren schon immer im kommunalen Bereich tätig, aber der Schwerpunkt lag auf Landesprojekten. Mit den Akquisitionen wollten wir eine Breite erreichen, die wir alleine nicht hätten abdecken können. CC e-Gov und regisafe sind mit ihren Produkten unter anderem auf kleine und mittlere Gemeinden spezialisiert. Durch die Zusammenarbeit können wir einheitliche Lösungen anbieten und die Digita-



Dirk Nerling

lisierung zwischen Kommunen, Gerichten und anderen Institutionen vorantreiben.

Wie arbeiten die übernommenen Unternehmen unter dem Dach der PDV zusammen und welche Vorteile haben die Kunden?

Die Unternehmen agieren weitgehend eigenständig, profitieren aber von den Ressourcen der Gruppe. Zentrale Dienstleistungen wie Personal, Finanzen oder IT entlasten die einzelnen Unternehmen. Außerdem bündeln wir Entwicklungsarbeiten, zum Beispiel bei Querschnittsthemen wie Dokumentenmanagement oder Künstliche Intelligenz. So können wir Produkte schneller und effizienter entwickeln. Die Kunden profitieren von den Synergieeffekten, zum Beispiel

durch höhere Qualität, schnellere Produktentwicklung und besseren Support bei Cloudlösungen.

PDV hat sich im Zuge der Übernahmen neu positioniert und in die Marken PDV.red und PDV.blue aufgeteilt. Was steckt hinter diesem Farbkonzept?

Die Aufteilung in PDV.red und PDV.blue dient der klaren Fokus-

Wo sehen Sie die Unterschiede zwischen Landes-, Bundes- und Kommunalverwaltungen?

Die Aufgaben sind ähnlich, aber die Größenordnungen sind sehr unterschiedlich. Eine Software für 30 Mitarbeiter in einer kleinen Verwaltung erfordert andere Konzepte als eine Lösung für tausende Nutzer in einem Bundesland. Datenschutz,

ist hoch und oft kommt die Einführung neuer Produkte hinzu. Wir unterstützen mit unserer Expertise und entlasten die Verwaltungen, eine enge Zusammenarbeit mit erfahrenen Projektteams bleibt aber unerlässlich. Zudem ist das Bewusstsein der öffentlichen Hand für Investitionen in die Digitalisierung gestiegen, was die Umsetzung erleichtert.

„Mit den Akquisitionen erreichen wir eine Breite, die wir alleine nicht hätten abdecken können.“

sierung. Unsere Kunden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen genau wissen, worauf sie sich konzentrieren. PDV.red kümmert sich um Großprojekte der Bundesländer, von Justiz oder Polizei, die lange Konzeptions- und Einführungsphasen erfordern. PDV.blue hingegen ist auf kommunale Projekte spezialisiert, die schneller umgesetzt werden müssen. Diese Trennung hilft, interne Prozesse zu optimieren und den unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Betriebskonzepte und Schulungen müssen entsprechend angepasst werden. Große Projekte erfordern umfassende Migrations- und Standardisierungsstrategien, während kleinere Projekte schneller umgesetzt werden können.

Vor welchen Herausforderungen stehen Sie bei Digitalisierungsprojekten in der öffentlichen Verwaltung?

Eine große Herausforderung ist der Mangel an Fachkräften. Die Arbeitsbelastung in den Behörden

Wie sehen Sie die Zukunft der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung?

KI und Prozessautomatisierung werden eine zentrale Rolle spielen. Sie helfen, den Fachkräftemangel abzufedern und die Effizienz zu steigern. Unsere Vision ist eine Verwaltung, die mit individuellen Lösungen schneller und bürgerfreundlicher agiert. Dabei bleibt der Mensch im Mittelpunkt – KI unterstützt, ersetzt ihn aber nicht.

Interview: Alexander Schaeff

Anzeige

Digitale Souveränität für Smarte Kommunen

„...bedeutet für mich, selbstbestimmt entscheiden zu können, welche Lösungen ich einsetze. In der digitalen Welt möchte ich möglichst nur Lösungen einsetzen, welche auf europäischem Werteverständnis und Datenschutz basieren.“

Lutz Linzenmeier
Sales LANCOM Systems



[lancom-systems.de/
loesungen/
oeffentlicher-sektor/
moderne-verwaltung](https://lancom-systems.de/loesungen/oeffentlicher-sektor/moderne-verwaltung)

LANCOM Systems setzt sich als europäischer Hersteller für sichere IT-Netzwerklösungen ein.

Engineered in Germany.

[lancom.de/unternehmen/
digitale-souveraenitaet](https://lancom.de/unternehmen/digitale-souveraenitaet)



LANCOM
SYSTEMS

Am Puls der Zeit

Daniel Vinz

Vor mehr als zehn Jahren wurde die erste ZUGFeRD-Version veröffentlicht. Seitdem wurde das entlang internationaler Standards entwickelte hybride E-Rechnungsformat fortdauernd an rechtliche Vorgaben und die Anforderungen der Anwender angepasst.

Seit Anfang 2025 gilt hierzulande verpflichtend der B2B-E-Rechnungsaustausch. Der elektronische Rechnungsstandard ZUGFeRD, früher ein Akronym für „Zentraler User Guide des Forums elektronische Rechnung Deutschland“, ist eines der Formate, die dafür eingesetzt werden können. Seit über zehn Jahren steht es Unternehmen und Behörden kostenfrei zur Verfügung.

Ihren Anfang nahm die ZUGFeRD-Historie mit dem im Jahr 2010 ins Leben gerufenen Forum elektronische Rechnung Deutschland. Das FeRD wurde im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung (AWV) gegründet. Zu seinen Gründungsmitgliedern gehörten unter anderen das Bundeskanzleramt mit dem damals dort angesiedelten Sekretariat des Normenkontrollrats, verschiedene Ministerien des Bundes und der Länder sowie Spitzenverbände der Wirtschaft und relevante Fachverbände. Vier Jahre nach der FeRD-Gründung konnte am 25. Juni 2014 die erste ZUGFeRD-Version veröffentlicht werden. Seither entwickeln die Expertinnen und Experten des FeRD den Standard ehrenamtlich weiter und orientieren sich dabei sowohl an

den rechtlichen Vorgaben als auch an den Anforderungen der Anwender. Aktuell stehen im kostenfrei verfügbaren ZUGFeRD-Downloadpaket auf der FeRD-Internetseite sechs verschiedene Profile bereit, die sich je nach Anwendungsanforderung unterscheiden.

Für den Austausch strukturierter Rechnungsdaten wurde ZUGFeRD als hybrides Format entwickelt: Eine XML-Datei mit strukturierten Rechnungsdaten wird in ein inhaltlich identisches, für Menschen lesbares PDF/A-Dokument eingebettet. Auf diese Weise sollte ein niedrigschwelliges Angebot für die Einführung der E-Rechnung geschaffen werden, sodass auch kleine und mittelständische Unternehmen von den Kosten- und Effizienzgewinnen profitieren können. Ziel war außerdem ein Ausgangsformat, das für alle Kundengruppen verwendet werden kann. Aufgrund der branchenübergreifenden Entwicklung, an der Unternehmen aus der Automobilindustrie, der Konsumgüterbranche, dem Bankensektor, dem Gesundheitswesen, der Software-Industrie wie auch die öffentliche Verwaltung beteiligt waren und sind, war ZUGFeRD stets in vielseitigen Rechnungsaustauschkonstellationen einsetzbar. Das Konzept kam gut an. Bereits

am 11. September 2014 konnte bei der ersten FeRD-Konferenz im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin verkündet werden, dass rund 1.500 Softwarehersteller, Unternehmen und öffentliche Verwaltungen aus Bund, Ländern und Kommunen den ZUGFeRD-Standard heruntergeladen hatten.

Das FeRD war von Beginn an Mitglied des Europäischen Multi-Stakeholder-Forums für die elektronische Rechnung (EMSFEI). Die ZUGFeRD-Entwicklung folgte somit auch internationalen Standards – das Format konnte direkt im grenzüberschreitenden europäischen und internationalen Rechnungswesen eingesetzt werden. 2014 wurde außerdem im Rahmen der Deutsch-Französischen Digtalkonferenz eine Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich elektronische Rechnung initiiert. Sie bildet die Grundlage für das heute gemeinsam von FeRD und der französischen Partnerorganisation Forum National de la Facture Électronique et des Marchés Publics Électroniques (FNFE-MPE) herausgegebene Rechnungsaustauschformat ZUGFeRD/Factur-X.

Diese Partnerschaft wurde durch ein im Jahr 2019 von AWV und FNFE-MPE ausgearbeitetes

Memorandum of Understanding verstetigt, in dem unter anderem die gemeinschaftliche Pflege und Weiterentwicklung des Rechnungsstandards, der Profile und technischen Dokumente geregelt ist. Während ZUGFeRD zunächst parallel zum französischen Pendant Factur-X veröffentlicht wurde, gelang mit der Veröffentlichung von ZUGFeRD 2.1 am 24. März 2020 die technische Synchronisierung der beiden Formate. Seitdem erfolgen alle Releases in eng abgestimmter, gemeinsamer Entwicklung, unter anderem in regelmäßigen deutsch-französischen Workshops. In den Profilen des gemeinsamen Rechnungsstandards werden unterschiedliche Anforderungen, etwa deutscher und französischer Verwaltungen, berücksichtigt.

Seit dem 18. April 2020 sind öffentliche Verwaltungen in Deutschland dazu verpflichtet, elektronische Rechnungen, die der europäischen Norm für die elektronische Rechnung EN16931 entsprechen, anzunehmen. Nach Veröffentlichung dieser europäischen Norm wurde ZUGFeRD entsprechend überarbeitet und am 11. März 2019 in der Version 2.0 veröffentlicht. Kurz danach erfolgte die Veröffentlichung der Version 2.1.1. Sie wurde um ein sechstes Profil, das ZUGFeRD-Referenzprofil XRECHNUNG, ergänzt, das nach Abstimmung mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT), der zuständigen Stelle für IT-Standards in deutschen öffentlichen Verwaltungen, im B2G-Bereich eingesetzt werden kann. Hierfür wurde eine hybride Rechnung mit einer XML-Datei verknüpft, die den Regeln des KoSIT-Standards für öffentliche Verwaltungen, XRechnung, folgt

und die losgelöst vom PDF-Teil über das zentrale Rechnungseingangsportal des Bundes (ZRE) und den Rechnungseingang nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG RE) an die Verwaltung adressiert werden kann.

Mit der ZUGFeRD-Version 2.2 begann die Umsetzung der Anforderungen an die zukünftige Verpflichtung von Unternehmen in Frankreich, elektronische Rechnungen auszustellen. Hierfür waren Änderungen im Profil EXTENDED notwendig, die für die Version 2.3 und 2.3.2 weiterentwickelt worden sind.

In Deutschland ist mit Verabschiedung des Wachstumschancengesetzes die Einführung der verpflichtenden elektronischen

Rechnung zwischen Unternehmen ab dem 1. Januar 2025 beschlossen worden. Im Zuge dessen hat ZUGFeRD einen neuen Stellenwert erhalten. Denn im Schreiben vom 2. Oktober 2023 hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) festgehalten, dass die Lösung – neben dem KoSIT-Format XRechnung – ein offiziell zugelassener E-Rechnungsstandard ist. Dies ist ebenfalls in dem seit dem 1. Januar 2025 gültigen Umsatzsteuergesetz, in Verbindung mit dem Rundschreiben des BMF vom 15. Oktober 2024, eindeutig geregelt. Der strukturierte XML-Teil einer ZUGFeRD-Rechnung ist nun der für Unternehmen relevante Part für den Vorsteuerabzug. Dennoch bleibt der PDF-Teil als Ansichtsex-

emplar erhalten und ZUGFeRD aus der Sicht eines Rechnungserstellers weiterhin für alle Kundengruppen nutzbar.

Auch nach über zehn Jahren und mehr als 100.000 ZUGFeRD-Downloads entwickeln FeRD und FNFE-MPE den gemeinsamen E-Rechnungsstandard stetig weiter. Gerade haben die Partner einen halbjährlichen Veröffentlichungs-



ZUGFeRD erfüllt rechtliche Vorgaben und Nutzeranforderungen.

rhythmus vereinbart. Dieser sieht Aktualisierungen für das Frühjahr und den Herbst eines jeden Jahres vor. Darüber hinaus werden die gemeinsame Entwicklung für das elektronische Bestellformat Order-X und den elektronischen Lieferschein Deliver-X vorangetrieben. Diese Formate basieren auf dem gleichen Datenmodell wie ZUGFeRD/Factur-X und sollen reibungslose, durchgehend elektronische Geschäftsprozesse – gerade in KMU – fördern und ermöglichen.

Daniel Vinz ist Fachreferent für elektronische Standards beim Forum elektronische Rechnung Deutschland (FeRD), einem Arbeitskreis der AWW – Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V.

Vorgaben zur E-Rechnung

R. Ismer / A. Landsberg

Die E-Rechnung nimmt Fahrt auf. Neue Vorgaben aus dem Wachstumschancengesetz und dem ViDA-Paket verändern Prozesse, Formate und Erwartungen – mit wachsendem Anpassungsdruck für die Rechnungsstellen in Kommunen.

Anfang des Jahres 2025 trat in Deutschland die erste Etappe der E-Rechnungspflicht für B2B-Umsätze in Kraft. Rechtsgrundlage ist das Wachstumschancengesetz vom März 2024, zusätzliche Klarheit bringt ein Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom Oktober 2024. Unternehmen – und damit auch unternehmerisch tätige Kommunen – müssen seit Beginn des Jahres für ihre Eingangsleistungen elektronische Rechnungen empfangen können. Im öffentlichen Beschaffungswesen (B2G-Umsätze) besteht diese Pflicht schon seit 2020, diese wird jetzt auf B2B-Umsätze ausgedehnt. Zwar verwenden viele Unternehmen noch keine E-Rechnungen. Kommunen sollten dennoch von einem signifikanten Anstieg elektronisch übermittelter Rechnungen in den kommenden Jahren ausgehen.

Daneben werden viele Kommunen E-Rechnungen ausstellen müssen. Für inländische B2B-Geschäfte ist die verpflichtende Nutzung der E-Rechnung vorgesehen, wenn beide Unternehmer im Inland ansässig sind. Die Ausstellungspflicht erfolgt stufenweise: Ab 2027 für Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 800.000 Euro, ab 2028 für kleinere Unternehmen. Ausgenom-



Nationale und EU-Regelungen zur E-Rechnung erhöhen den Handlungsdruck auf Kommunen.

men bleiben Kleinunternehmer, Kleinbetragsrechnungen, Fahrausweise sowie bestimmte steuerfreie Leistungen. Als Übertragungsweg sind E-Mail, PEPPOL und physische Datenträger zulässig.

Für die Kommunen wird die Ausstellungspflicht insbesondere mit Blick auf ihre unternehmerische Tätigkeit nach § 2b UStG relevant. Nach Ablauf der Übergangsfrist am 31.12.2026 werden viele kommunale Leistungen umsatzsteuerpflichtig und fallen unter die Regelungen zu Empfang und Versand elektronischer Rechnungen. Wenn Leistungen an Unternehmen erfolgen, werden Kommunen Rechnungen elektronisch ausstellen müssen. Leistungen an Bürger sind nicht betroffen. Geändert hat sich auch die Definition der elektronischen Rechnung. Darunter fallen nur noch Rechnungen in einem strukturierten, maschinenlesbaren Format

gemäß der europäischen Norm EN 16931. Reine PDF-Dateien gelten als sonstige Rechnungen und reichen nicht aus. Die Validierung der Formatkonformität sowie die gesetzeskonforme Archivierung werden für Unternehmen zur Pflicht.

Unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern erhöhen die Komplexität aus IT-Perspektive und im Bereich Kommunikation und Wissensmanagement – insbesondere im Umgang mit Kommunen. Hinzu kommt ein hohes Aufkommen an Supportanfragen. Auch die Weiterentwicklung von Plattformen sowie die Einhaltung rechtlicher Vorgaben stellen Herausforderungen dar. Der IT-Planungsrat hat daher ein Folgeprojekt zur Vereinheitlichung der Rechnungseingangslösungen von Bund und Ländern angestoßen. Ergebnisse werden für das vierte Quartal 2025 erwartet.

Auf europäischer Ebene wurde im März 2025 das „VAT in the Digital Age“ (ViDA)-Paket verabschiedet, das weitreichende Maßnahmen zur Modernisierung des Mehrwertsteuerrechts umfasst. Es konzentriert sich auf innergemeinschaftliche Umsätze, eröffnet aber den Mitgliedstaaten eigene Gestaltungsoptionen. So kann ab Juli 2030 der Vorsteuerabzug an den Erhalt einer E-Rechnung geknüpft werden, die Einbindung von Dienstleistern wird zudem ausdrücklich erlaubt. Ein digitales Meldesystem, das die parallele Datenübermittlung von Rechnungssteller und -empfänger vorsieht, soll verpflichtend werden. Ab 2035 sollen weitere Harmonisierungsschritte folgen. Bestehende nationale Systeme haben unter bestimmten Voraussetzungen aber Bestand.

Mit ViDA werden grenzüberschreitende E-Rechnungen eingeführt. In Zukunft könnten vermehrt EN-16931-konforme Formate zum Einsatz kommen, die nicht den deutschen Standards XRechnung oder ZUGFeRD entsprechen. Daran müssen IT-Architektur und Verwaltungsprozesse angepasst werden. Das noch einzuführende verpflichtende elektronische Meldesystem soll auf Grundlage der E-Rechnung eine nahezu in Echtzeit funktionierende Umsatzsteuerberichterstattung ermöglichen. Bereits im Koalitionsvertrag 2021 war die Einführung eines solchen Systems vereinbart worden. Mit Abschluss der europäischen Entwicklungen dürften nun auch die innerstaatlichen Arbeiten an Fahrt aufnehmen – selbst wenn Details zu Übertragungswegen und Zeitfenstern noch ausstehen. Auch

hier könnte auf kommunaler Ebene Handlungsbedarf entstehen.

Kommunen sollten jetzt prüfen, ob sie zur Ausstellung von E-Rechnungen verpflichtet sind. Zudem sollten sie evaluieren, ob die eingesetzten Systeme in der Lage sind, auch Formate jenseits von XRechnung oder ZUGFeRD zu empfangen und automatisiert zu bearbeiten. Vor dem Hintergrund des erwarteten Anstiegs des E-Rechnungseingangs sollten Kommunen ihre Verarbeitungsprozesse auf Skalierbarkeit und Effizienz überprüfen. Gleichzeitig bedarf es einer strukturierten Antwort auf den steigenden Kommunikations- und Schulungsbedarf, insbesondere in Bezug auf gesetzliche Anforderungen. Auch die Entwicklungen

bei Konsolidierung und Meldesystem sind zu beobachten.

Die E-Rechnung ist längst keine Zukunftstechnologie mehr. Die regulatorischen Vorgaben auf nationaler und europäischer Ebene machen deutlich, dass die Umstellung kein Projekt mit fixem Enddatum ist – vielmehr handelt es sich um einen fortlaufenden Transformationsprozess. Die Kommunen sind gut beraten, diesen aktiv mitzugestalten und ihre Systeme konsequent an den neuen Anforderungen auszurichten.

Professor Dr. Roland Ismer hat den Lehrstuhl für öffentliches Recht und Steuerrecht an der Universität Potsdam inne; Annalina Landsberg ist als Digital Consultant tätig.

Anzeige



CaliforniaX
AVA-Software by G&W



**AVA und Kostenplanung
für Bau und Bauunterhalt
im kommunalen Bereich.**

CaliforniaX im BIM-Prozess

Visualisieren & Validieren
von E-Rechnungen





www.gw-software.de

So gelingt die **Umstellung**

Dina Haack

Mit der Einführung der E-Rechnungspflicht im B2B-Bereich erwartet Kommunen ein deutlicher Anstieg eingehender E-Rechnungen. Angesichts dessen hat der Softwarehersteller xSuite sein Angebot in diesem Bereich ausgebaut und setzt dabei auch auf eine Cloudplattform.

Seit Anfang dieses Jahres verpflichtet das Wachstumsgesetz deutsche Unternehmen dazu, E-Rechnungen entgegennehmen zu können. Kommunen kennen diese Verpflichtung schon länger. Bereits seit April 2020 müssen öffentliche Auftraggeber gemäß EU-Richtlinie 2014/55/EU technisch in der Lage sein, zumindest im überschaubaren Bereich elektronische Rechnungen anzunehmen.

Die meisten Kommunalverwaltungen haben sich darauf eingestellt, E-Rechnungen annehmen zu können. Häufig sind die nachfolgenden Schritte allerdings noch nicht automatisiert. Hierzu zählen die Übernahme der Daten ins ERP- oder Buchhaltungssystem sowie die weitere Verarbeitung der Rechnung. Diesen Prozess sollten Kommunen nun auf den Prüfstand stellen. Funktioniert der aktuelle Ablauf auch mit einem sehr hohen Volumen von E-Rechnungen, kurz, ist er skalierbar? Spätestens ab 2028 ist die E-Rechnung das vorherrschende Format in Deutschland.

Bei der Auswahl einer E-Rechnungslösung gilt es zu prüfen, ob diese in SAP FI, MM oder PSM/PSCD integriert ist, um so die Schritte der Rechnungsbearbeitung

zu erleichtern und zu beschleunigen. Beim Betrieb mehrerer Finanz- und ERP-Systeme muss sichergestellt sein, dass sie sich an all diese per Schnittstelle anschließen lässt. Eine einheitliche Schnittstellenstrategie ist essenziell, um Medienbrüche und manuelle Nacharbeiten zu vermeiden. Ferner sollte

die Software in der Lage sein, E-Rechnungen aus dem ERP-System (wie etwa SAP) heraus zu erzeugen. Der öffentliche Sektor muss sich also darauf einrichten, elektronische Rechnungen auch versenden zu können. Dies gilt für alle Einrichtungen, die steuerpflichtig sind, wie Eigenbetriebe und KMU.

Die 2024 beschlossene EU-Initiative VAT in the Digital Age (ViDA) sieht vor, den elektronischen Rechnungsaustausch in der EU auszuweiten und ein einheitliches, digitales Umsatzsteuer-Meldesystem zu etablieren. Dies könnte auch Kommunalverwaltungen betreffen und sie künftig zur durchgehenden Nutzung elektronischer Rechnungen verpflichten. Noch gibt es keine verbindliche Frist für eine solche Regelung, aber die Entwicklungen



Cloudbasierte E-Rechnungsprozesse entlasten Kommunen.

auf EU-Ebene deuten darauf hin, dass der elektronische Rechnungsversand perspektivisch zur Pflicht wird.

Der Softwarehersteller xSuite aus Ahrensburg, Spezialist für die Verarbeitung eingehender Rechnungen, hat angesichts der E-Rechnungspflicht im B2B-Bereich sein Portfolio ausgebaut. Mit xSuite eDNA (electronic Document Network Adapter) wurde im vergangenen Jahr eine neue Cloudplattform vorgestellt. Sie ermöglicht die Annahme verschiedener E-Rechnungsformate und deren Umwandlung in ein standardisiertes, leicht zu verarbeitendes Format. In der kommenden Version wird eDNA zudem den Versand elektronischer Rechnungen aus SAP SD unterstützen. Ergänzend dazu bietet

xSuite umfassende Beratungs- und Implementierungsdienste an, um Kommunen bei der erfolgreichen Einführung der E-Rechnung zu begleiten.

Moderne Lösungen für die Rechnungsbearbeitung ermöglichen einen automatisierten Abgleich mit den Stammdaten des ERP-Systems. Kreditoren können eindeutig identifiziert werden, und Rechnungsdaten lassen sich direkt mit Bestellungen oder Lieferantenverträgen verknüpfen. Dadurch wird der Prozess nicht nur schneller, sondern auch sicherer, da Unstimmigkeiten frühzeitig erkannt werden können. Ein weiterer Vorteil ist die reduzierte Bearbeitungszeit. Rechnungen können innerhalb weniger Sekunden nach Eingang verarbeitet und zur

Zahlung freigegeben werden, sofern alle Daten korrekt sind – das ist ein wichtiger Baustein bürgerfreundlicher Verwaltung und zudem der kommunalen Liquiditätsplanung dienlich.

Mit Einführung der E-Rechnungspflicht im Bereich B2B erwartet Kommunen ein deutlich erhöhtes Volumen eingehender elektronischer Rechnungen. Sie müssen ihre Abläufe in der Verarbeitung von E-Rechnungen und ihre IT-Infrastruktur gegebenenfalls anpassen, um dieses auffangen zu können. Die zunehmende Verbreitung von cloudbasierten Lösungen ermöglicht dabei eine flexible und skalierbare Integration, ohne dass hohe Investitionen in Hardware erforderlich sind.

Die Umstellung auf die E-Rechnung war für Kommunalverwaltungen nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung, sondern bot auch die Chance, interne Prozesse zu optimieren und Ressourcen effizienter einzusetzen. Ein frühzeitiges und planvolles Vorgehen bei der Implementierung einer E-Rechnungslösung ist demnach entscheidend, um alle Vorteile einer elektronischen, automatisierten Rechnungsverarbeitung voll ausschöpfen zu können. Der Abschied vom Papier ist daher kein Verlust, sondern ein Gewinn: weniger Fehler, geringere Kosten, effizientere Abläufe und mehr Transparenz in der gesamten Buchhaltung.

Dina Haack ist Senior Lead Marketing bei der xSuite Group.

Anzeige

The advertisement features a woman's face in the center, looking upwards with a slight smile. She is holding several large, clear ice cubes in her hands, which are positioned around her face. The background is a deep blue. The overall aesthetic is clean and modern.

tts
learning
architects

IT-FACHVERFAHREN EINFÜHREN – GANZ OHNE DRAMA

**DIGITALISIERUNGS-
SCHMERZ?**
KANNSTE KNICKEN.
MIT PASSGENAUER QUALIFIZIERUNG.


JETZT LOSLEGEN!

Reibungslos umsteigen

Corinna Hölzel

Die elektronische Rechnung treibt die Digitalisierung in deutschen Büros und Organisationen voran und bringt zahlreiche Vorteile mit sich.

Seit Januar dieses Jahres ist die elektronische Rechnung in Deutschland Pflicht. Seither sollten alle B2B-Unternehmen Rechnungen in den vorgesehenen Formaten zumindest empfangen können. Durch die Umstellung sollen Geschäftsprozesse vereinfacht und beschleunigt werden. Für viele Unternehmen ist es jedoch nach wie vor schwierig, den Überblick über die verschiedenen E-Rechnungsformate, gesetzlichen Fristen und Vorgaben zu behalten. Übergangsfristen geben einen gewissen Spielraum; sollten Lieferanten aktuell noch nicht in der Lage sein, korrekte E-Rechnungen auszustellen, können Unternehmen weiterhin PDF- oder Papierrechnungen anfordern. Diese Fristen sollten auch kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe nutzen, um sich vorzubereiten, denn je früher sie sich mit dem Thema beschäftigen, desto entspannter wird der Prozess verlaufen.

In Deutschland sind für die E-Rechnung die Formate XRechnung und ZUGFeRD vorgesehen, wobei es sich bei letzterem um ein kombiniertes Format handelt, bei dem die strukturierten Daten in ein PDF eingebettet werden.

Auch wenn die E-Rechnung zunächst komplex wirkt, sollten

sich Unternehmen nicht verunsichern lassen, denn die Einführung verspricht viele Vorteile. So lassen sich durch den geringen manuellen Aufwand Zeit und Kosten sparen, wenn die Systeme erst einmal richtig laufen. Dabei geht es nicht nur um die Bearbeitung und Archivierung der Rechnungen, auch Papier-, Druck- und Portokosten müssen in die Bilanz eingerechnet werden. Das bedeutet gleichzeitig ein Plus in Bezug auf Nachhaltigkeit. Die schnellere Verarbeitung elektronischer Formate erlaubt es zudem, das Cashflow-Management zu optimieren. Bisher eingesetzte OCR-Technologien zum Auslesen der Rechnungsinformationen aus PDF-Rechnungen sind außerdem fehleranfällig – und oft mit hohem Aufwand verbunden. Bei der Nutzung der E-Rechnung kann dieser Schritt komplett entfallen.

Die E-Rechnung ist zudem eine Chance, die Digitalisierung in der Finanzbuchhaltung maßgeblich zu beschleunigen. In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass viele Unternehmen und Organisationen, die beginnen, E-Rechnungen einzuführen, ihr digitales Dokumentenmanagement generell ausbauen. Damit trägt die E-Rechnung dazu bei, das papierlose Büro Realität werden zu lassen. Davon profitieren

auch die Mitarbeitenden, da viele zeitraubende Routinearbeiten, etwa bei der Ablage, entfallen. KI-Integrationen in modernen Dokumentenmanagementsystemen erlauben es, benötigte Informationen sehr schnell zu finden. Wenn kein händischer Übertrag aus analogen Dokumenten mehr notwendig ist, wird zudem die Fehleranfälligkeit in Geschäftsprozessen reduziert.

Auch in puncto Sicherheit muss man sich keine Sorgen machen: Wichtige, sensible Dokumente können mit elektronischen Signaturen versehen werden, wodurch ihre Legitimität sichergestellt und Fälschungssicherheit gewährleistet wird.

Die E-Rechnung ist somit weit mehr als nur ein neues Dateiformat – sie ist ein Hebel für die digitale Transformation in Unternehmen und Organisationen jeglicher Größenordnung. Wer die Übergangsfristen sinnvoll nutzt, kann nicht nur gesetzlichen Anforderungen gerecht werden, sondern interne Prozesse grundlegend verbessern. Mit den richtigen Tools und erfahrenen Partnern gelingt der Umstieg reibungslos – und eröffnet neue digitale Perspektiven.

Corinna Hölzel ist Senior Product Marketing Managerin bei der d.velop AG.

Beschaffungsprozesse digitalisieren mit Governikus

E-Rechnungs-Lösung in Deutschland und Europa

Die E-Rechnungspflicht ist im B2B-Bereich neu, in der öffentlichen Verwaltung hingegen bereits seit 2014 für digitale Beschaffungsprozesse etabliert: Gemäß der EU-Richtlinie 2014/55/EU und der entsprechenden nationalen Umsetzung sind alle öffentlichen Stellen verpflichtet, elektronische Rechnungen anzunehmen. Dies wird in Deutschland durch den Standard XRechnung umgesetzt.

Governikus-Lösung für den Rechnungseingang

Wenn zum Beispiel ein Bauunternehmen mit der Errichtung einer neuen Schule beauftragt wurde, dürfen Rechnungen bei der beauftragenden Kommune nur elektronisch eingehen. Die Übermittlung erfolgt über verschiedene Eingangskanäle, die in Rechnungseingangsplattformen zusammenlaufen. Die Zentrale Rechnungseingangsplattform des Bundes (ZRE) und weitere Plattformen in einzelnen Bundesländern und Kommunen setzen dafür serverseitig auf die bewährten Governikus-Lösungen COM Despina Peppol/AS4 Edition und den Governikus MultiMessenger (GMM). COM Despina Peppol/AS4 Edition übernimmt dabei die Übermittlung der eingegangenen Rechnungen über die sicheren Transportkanäle der Verwaltungen. Die Übertragung in Fachverfahren erfolgt anschließend mit dem GMM als Schnittstelle.

E-Rechnung: Vorteile im internationalen Kontext

COM Despina Peppol/AS4 Edition ermöglicht dabei nicht nur die Digitalisierung der Beschaffungs-

prozesse innerhalb Deutschlands, sondern auch im internationalen Kontext. Das Peppol eDelivery Netzwerk erlaubt nach einmaliger Registrierung, Dokumente im Zusammenhang mit elektronischen Beschaffungsprozessen (E-Procurement) mit allen anderen Peppol-Teilnehmern auszutauschen. Der Versand von E-Rechnungen über das Peppol-Netzwerk bietet viele Vorteile für Unternehmen und Behörden wie

- Zeit-, Geld- und Ressourceneinsparungen
- medienbruchfreie Abwicklung ohne Systemwechsel
- automatisierte Übermittlung und Verarbeitung von E-Rechnungen
- Einhaltung des Datenschutzes

Governikus COM Despina Peppol/AS4 Edition bietet Unternehmen und Behörden mittels XTA, einem etablierten Standard der Öffentlichen Verwaltung, Zugang zu Peppol-AS4-Kommunikationsszenarien.

Die „Anwendung Governikus“ des IT-Planungsrats

COM Despina Peppol/AS4 Edition ist Bestandteil der „Anwendung Governikus“. Governikus stellt im Rahmen des Produktes des IT-Planungsrates seit vielen Jahren Bund, Ländern und Kommunen alle notwendigen IT-Komponenten zur Verfügung, die für die sichere, rechtsverbindliche und durchgängig



Quelle: istock/shapchange

digitale Verwaltungsarbeit benötigt werden. Alle 16 Bundesländer sind dem Vertrag zur „Anwendung Governikus“ beigetreten und in enger Kooperation mit Vertreter:innen aus diesen Ländern und deren Kommunen werden diese Komponenten kontinuierlich angepasst, erweitert und gepflegt. Der Abruf sowie Support der Anwendung erfolgen über die sogenannten „Benannten Stellen“ und bedarf keiner Ausschreibung.

Weitere Informationen und Kontaktdaten unter:



GOVERNIKUS

Governikus GmbH & Co. KG
Hochschulring 4
28359 Bremen, Germany
www.governikus.de

Potenziale heben

Christian Rupp / Benjamin Müller-Grote

Künstliche Intelligenz hält längst Einzug in kommunale Verwaltungen. Für einen erfolgreichen, effizienten Einsatz sind neben der Technik auch klare ethische Leitplanken und hochwertige, leicht zugängliche (Trainings-)Daten notwendig.

Spätestens seit Anfang 2023 ist Künstliche Intelligenz (KI) in aller Munde. Doch entgegen mancher Überzeugungen, dass KI das Allheilmittel sei, sollten wir sie objektiv als Werkzeug mit Vor- und Nachteilen betrachten. Wo kann KI – mit Blick auf die öffentliche Verwaltung – als Tool sinnvoll eingesetzt werden? Was sind die relevanten Erfolgsfaktoren? Und wo werden noch nicht alle Potenziale genutzt?

Die Anwendungsfälle für KI im Verwaltungskontext sind vielfältig und reichen von der Text-, Sprach- und Bild- bis hin zur Dokumentenverarbeitung. In Deutschland sind bereits große Sprachmodelle (Large Language Models, LLMs) bei der Verwaltung im Einsatz, darunter F13 in Baden-Württemberg, LLMoin in Hamburg, NRW. Genius in Nordrhein-Westfalen oder Bayern.GPT in Bayern. Auch Kommunen wie die bayerische Landeshauptstadt München erproben derzeit ChatGPT und andere KI-Technologien. Auf kommunaler Ebene sind insbesondere Chatbots beliebt. Beispiele hierfür sind EMMA in Gelsenkirchen und Lumi in Heidelberg.

Die Geschichte der Chatbots reicht bis in die 1960er-Jahre zu-

rück, als Joseph Weizenbaum den ersten Chatbot Eliza entwickelte. Während einfache, regelbasierte Chatbots vordefinierte Regeln (Natural Language Processing, kurz: NLP) verwenden, um häufige Fragen zu beantworten, nutzen fortschrittliche Chatbots maschinelles Lernen für differenziertere Konversationen. Generative Künstliche Intelligenz (GenAI) hingegen erzeugt Antworten in Echtzeit und bietet ein flüssigeres Nutzererlebnis, das natürlicher Sprache sehr nahe kommt. Solche Chatbots ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, rund um die Uhr Informationen zu erhalten oder Anfragen zu stellen – unabhängig von Öffnungszeiten. Diese Technologien können häufig gestellte Fragen beantworten, Formulare bereitstellen oder einfache Anliegen direkt bearbeiten. Dadurch wird der Zugang zu Dienstleistungen erleichtert und die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger erhöht. KI kann außerdem helfen, verschiedene Verwaltungsdienste besser zu vernetzen und so einen ganzheitlicheren Ansatz für die Bürgerdienste zu schaffen.



KI-Lösungen können kommunale Beschäftigte wirksam entlasten.

Künstliche Intelligenz kann in der öffentlichen Verwaltung durch Automatisierung einen großen Beitrag zur Effizienzsteigerung leisten. Denn viele Verwaltungsprozesse sind zeitaufwendig und fehleranfällig, wenn sie manuell durchgeführt werden. KI-gestützte Systeme können solche Routineaufgaben wie Datenverarbeitung, Dokumentenmanagement und Antragsbearbeitung automatisieren. Dies führt dann nicht nur zu einer Reduzierung menschlicher Fehler, sondern auch zu einer schnelleren Bearbeitung. So können beispielsweise Anträge automatisch geprüft und bearbeitet werden. Daneben können durch optimierte Prozesse auch vorhandene Ressourcen effizienter genutzt werden, was sowohl

Kosten spart als auch umweltfreundlicher ist.

In Kommunen fallen tagtäglich riesige Mengen von Daten an. Künstliche Intelligenz kann auch Big Data analysieren und Muster erkennen, die für menschliche Analysten schwer fassbar sind. In der öffentlichen Verwaltung können daraus gewonnene Erkenntnisse dazu beitragen, fundierte Entscheidungen zu treffen, etwa in Bezug auf die Planung von Infrastrukturprojekten, Ressourcenverteilung, Sicherheitsmaßnahmen oder beim Identifizieren von Bedürfnissen in der Bevölkerung. Durch das Sammeln und Auswerten von Daten über das Verhalten und die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger können Kommunen maßgeschneiderte Angebote entwickeln und proaktiv auf zukünftige Herausforderungen reagieren.

Bei aller Euphorie für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz muss stets gewährleistet sein, dass das KI-System nicht missbraucht wird und dass die Technik menschliche Vorurteile nicht übernimmt und somit das Ergebnis verzerrt. Daher benötigen Kommunen neben der eigentlichen Technik auch Ethik-Leitlinien für eine vertrauenswürdige KI. Viele Kommunen stellen bereits solche internen Richtlinien zur Verfügung, etwa zur Transparenz und Erklärbarkeit von Daten. Hier wird eine bundesweite Einheitlichkeit benötigt. Das interdisziplinäre, BMBF-geförderte Forschungsprojekt SMARD-GOV hat das Ziel, Anforderungen an datenschutzkonforme, sichere LLMs für die Unterstützung von Entscheidungsprozessen in Behörden zu ermitteln. Dabei spielt

Beispiele für den Einsatz von KI in Kommunen

- Emsland: Einsatz von intelligenten Sensoren in Müllsammelboxen.
- Bad Hersfeld: Parkraumüberwachung.
- Stadt Bamberg: Einsatz von Drohnen und Luftbilddauswertung von Baumkronen.
- Stadt Herten: Einsatz von Drohnen und Luftbilddauswertung von Dachausbauten.
- Gelsenkirchen: Radarüberwachung von Spielplätzen.
- Stadt Heiligenhaus: Auswertung von Bauakten.
- Aachen: Unterstützung im Denkmalschutz.
- Frankfurt am Main: Frankfurter Urteils-Konfigurator Elektronisch (FraUKe) zur Justizunterstützung.

auch die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) eine große Rolle, denn sie gilt unabhängig vom Medium und somit auch für alle Daten im KI-Lebenszyklus. Auch aus der neuen europäischen KI-Verordnung leiten sich unterschiedliche Auswirkungen auf die Compliance beim Einsatz von KI ab.

Eine KI sollte regelmäßig mit neuen Daten trainiert werden – aktuelle, belastbare und hochwertige Daten sind die unentbehrliche Basis für KI-Anwendungen. Daher entscheiden die Bereitstellung, Aufbereitung und Wartung von Trainingsdaten über die Güte einer KI. Die benötigten offenen und hochwertigen Datensätze sind in Deutschland noch immer Mangelware – obwohl die Kommunen längst über umfangreiche Datensätze verfügen. Um diese Datenschätze zu heben, bedarf es eines Metadatenkatalogs, der Daten leicht auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar für Menschen und Maschinen macht. Die Unternehmen Prosoz Herten und Innovation Mine unterstützen bereits viele Kommunen bei der Erstellung von KI-Richtlinien, bei

KI-Schulungen, bei der Umsetzung von KI-Projekten (URBAN.KI) sowie bei Forschungsprojekten von öffentlichen Institutionen (FITKO Chatbot 115) oder von Universitäten (SMARD-GOV).

Auf kommunaler Ebene bietet Künstliche Intelligenz vielfältige Anwendungsmöglichkeiten, insbesondere in der Verwaltung, der Justiz und bei der technischen Infrastruktur. Chatbots, intelligente Sensoren oder Bilderkennungssysteme sind nur einige Beispiele, die bereits in verschiedenen Städten eingesetzt werden. Dennoch sind Herausforderungen wie Datenschutz, ethische Richtlinien und die Qualität der Daten entscheidend für den Erfolg und die Vertrauenswürdigkeit von KI-Anwendungen. Die DSGVO und der neue AI Act setzen hierbei rechtliche Rahmenbedingungen. Trotz bestehender Potenziale fehlen in Deutschland jedoch noch offene und qualitativ hochwertige Datensätze, um KI-Anwendungen optimal zu trainieren.

Christian Rupp ist Chief Digital Officer bei Prosoz; Benjamin Müller-Grote verantwortet dort die Leitung des Marketings.

Kein Selbstläufer

Christian Teuber / Hannes Wörner

Die neue EVB-IT-Rahmenvereinbarung überführt die bisherigen Vertragstypen in ein einheitliches, modulares System. Unterstützung bei der Vertragserstellung soll das begleitende Tool EVB-IT digital bieten. Das birgt Chancen, hält aber auch Fallstricke bereit.

Im Juni 2024 hat der Bund erstmals eine EVB-IT-Rahmenvereinbarung eingeführt und mit EVB-IT digital ein digitales Tool zur Vertragserstellung bereitgestellt. Dieses Open-Source-Tool markiert einen wichtigen Schritt hin zur Digitalisierung der IT-Beschaffung. Das neue Instrument birgt für kommunale Vergabestellen viele Potenziale – die Nutzung bringt zugleich aber Herausforderungen mit sich.

Die EVB-IT-Verträge (Ergänzende Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen) sind vom Bund mit dem Branchenverband Bitkom abgestimmte Musterverträge für öffentliche IT-Beschaffungen. Sie gelten als interessengerecht und dienen der rechtssicheren und standardisierten Regelung unterschiedlicher IT-Leistungstypen. Es gibt elf Vertragstypen, die auf die jeweiligen Beschaffungskonstellationen zugeschnitten sind, zum Beispiel EVB-IT Cloud für die Nutzung von Clouddiensten, EVB-IT Kauf für den Erwerb von Standardhardware oder EVB-IT Systemlieferung für die Lieferung eines funktionsfähigen Gesamtsystems. Bislang fehlte jedoch ein EVB-Vertragsmuster für Rahmenvereinbarungen, die es Auftraggebern ermöglichen, wiederkehrende IT-Leistungen – etwa

Hardware oder IT-Beratung – einmalig aususchreiben und dann über Jahre hinweg flexibel abzurufen.

Mit der neuen EVB-IT-Rahmenvereinbarung hat der Bund die elf bisherigen Vertragstypen in ein einheitliches, modulares System überführt. Anstelle separater Vertragstypen steht nun für Rahmenvereinbarungen ein Baukastensystem bereit, in dem öffentliche Auftraggeber bedarfsgerecht passende Module kombinieren können. Das soll die Erstellung von IT-Verträgen vereinfachen und Redundanzen abbauen.

Das begleitende Tool EVB-IT digital führt die Anwender in Form eines interaktiven Interviews durch die Vertragserstellung. Insbesondere bei komplexen Beschaffungen mit Hardware-, Software- und Serviceanteilen reduziert es Fehlerquellen und beschleunigt die Verfahren. Gleichzeitig wird durch standardisierte, mit der IT-Wirtschaft abgestimmte Klauseln die Marktakzeptanz erhöht. Für Vergabestellen bedeutet weniger Anpassungsaufwand, beschleunigte Abläufe und höhere Rechtssicher-



Baukastensystem soll Erstellung von IT-Verträgen vereinfachen.

heit. Zukünftig ist eine Erweiterung des Tools über Rahmenvereinbarungen hinaus vorgesehen, um eine umfassendere Digitalisierung der öffentlichen IT-Beschaffung zu ermöglichen.

Für kommunale Vergabestellen eröffnet das neue Tool die Chance, Verträge für komplexe IT-Vorhaben – etwa Fachverfahren, Schul-IT oder E-Akten – gleichbleibend strukturiert und einheitlich abzubilden. Die Module sind thematisch differenziert: Überlassung, Pflege, Anpassung, Systemintegration, Cloudnutzung oder projektbezogene Dienstleistungen lassen sich individuell kombinieren. Das ist ideal für die in der Praxis häufig anzutreffenden Mischkonstellationen.

Gleichzeitig verlangt diese Modularisierung ein tiefes Verständnis der technischen und rechtlichen Zusammenhänge. Jedes Modul bringt eigene Regelungsinhalte mit – zu Leistungsumfang, Mitwirkungspflichten, Mängelrechten oder Haftung. Werden diese nicht inhaltlich aufeinander abgestimmt, entstehen schnell systemische Brüche. So kann es beispielsweise zu Überlagerungen bei Gewährleistungsfristen kommen oder zu nicht auflösbaren Widersprüchen in der Leistungsbeschreibung. Besonders risikobehaftet ist dies, wenn neben Standardsoftware auch Dienstleistungen und Anpassungsleistungen erbracht werden sollen.

EVB-IT digital nimmt den Anwender strukturiert an die Hand und ersetzt das früher übliche manuelle Ausfüllen umfangreicher Musterverträge. Dadurch steigt die formale Konsistenz, die inhaltliche Verantwortung aber bleibt: Wer Module auswählt, muss wissen, welche Leistung er damit vergibt – und welche rechtlichen Wirkungen dies entfaltet. Die Komplexität der

Abfrageoberfläche ist dabei Ausdruck der inhaltlichen Komplexität der zugrunde liegenden Vertragsarchitektur – und erhöht den Bearbeitungsumfang.

Ohne konzeptionelle Vorbereitung – etwa durch ein internes Leistungsverzeichnis mit Modul-Mapping – und ohne qualifizierte rechtliche Prüfung lassen sich rechtssichere Verträge nicht zuverlässig generieren. Kommunale Auftraggeber sollten daher interne Zuständigkeiten klar regeln, fachliche und juristische Beratung frühzeitig einbinden und mit eigenen Leitlinien zur Modulauswahl arbeiten. Nur dann wird die Modularität zum Instrument der Klarheit – und nicht zur Quelle neuer Unsicherheiten.

Fazit: Mit EVB-IT digital und der neuen modularen Rahmenvereinbarung steht öffentlichen Auftraggebern erstmals ein digitales Instrument zur Verfügung, das nicht nur die Vertragserstellung standardisiert, sondern auch einen neuen Beschaffungsstandard für die öffentliche IT-Vergabe etabliert.

Der modulare Aufbau erlaubt eine präzise Abbildung komplexer Leistungskonstellationen, setzt aber zugleich strukturiertes Vorgehen, vergaberechtliches Verständnis und methodische Klarheit voraus. Allerdings ist das Tool noch nicht ausgereift. Die Vielzahl abzufragender Parameter, die teils anspruchsvolle Modullogik und der weiterhin erforderliche individuelle Nachbearbeitungsaufwand zeigen, dass EVB-IT digital kein Selbstläufer ist.

Um das Potenzial voll zu nutzen, braucht es klare interne Prozesse, fundierte Entscheidungskompetenz und – insbesondere bei anspruchsvollen Vergaben – qualifizierte rechtliche Begleitung. Nur dann wird aus einem digitalen Werkzeug ein wirklicher Fortschritt: für rechtssichere, wirtschaftliche und zukunftsfeste IT-Beschaffungen im öffentlichen Sektor.

Dr. Christian Teuber ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht und Partner bei Baker Tilly; Dr. Hannes Wörner ist Rechtsanwalt und Senior Manager bei Baker Tilly.

Anzeige

Vorher:



KOMMUNIX
SOFTWARE, SYSTEME & BERATUNG

VOIS
SOFTWARE

Alle Bauprozesse im Blick

Verena Mikeleit

In Ebern soll ein neues Verwaltungsgebäude für die Landesbaudirektion Bayern errichtet werden. Es ist das erste Building-Information-Modeling-Projekt des Staatlichen Bauamts Schweinfurt.

Ab Herbst 2025 soll im unterfränkischen Ebern ein neues Verwaltungsgebäude für die Landesbaudirektion Bayern errichtet werden. Es handelt sich um das erste Building-Information-Modeling(BIM)-Projekt für das Staatliche Bauamt Schweinfurt. Digital begleitet wird das Vorhaben von der Software Catenda Hub, ein Common Data Environment (CDE) aus dem Hause Catenda. Der virtuelle Projektraum stellt sämtliche Informationen zum Bauvorhaben teamübergreifend zur Verfügung.

Als staatliches Bauamt wird Schweinfurt bei der BIM-Abwicklung von der Leit- und Zentralstelle für Building Information Modeling (ZBIM) unterstützt. Die ZBIM schafft auch die Grundlagen für die Implementierung der BIM-Methode. Praktisch umgesetzt werden die Hoch- und Tiefbauprojekte in den einzelnen Bauämtern. Catenda Hub wiederum trägt maßgeblich dazu bei, dass die 22 Bauämter im Freistaat Bayern mit der BIM-Methode schnell zurechtkommen und die neuen Prozesse auch unmittelbar zu schätzen wissen.

Das neue Verwaltungsgebäude in Ebern war zunächst nicht als BIM-Projekt geplant. Erst ab Leistungsphase drei kam die CDE-Plattform



BIM-Projekt: Neues Verwaltungsgebäude für die Landesbaudirektion Bayern.

zum Einsatz. Auf ihr finden die Projektbeteiligten sämtliche Dokumente mit Projektbezug und haben zusätzlich die Möglichkeit, die Modelle, die von den Fachplanern in unterschiedlichen Autorensoftwaresystemen erstellt wurden, im Industry-Foundation-Classes(IFC)-Format mit einem Modell-Viewer zu sichten.

Administrator für die CDE-Plattform ist Christoph Schmitt, BIM-Manager und zugleich BIM-Multiplikator für die gesamte Baumaßnahme. „Catenda Hub hilft mir ungemein, meine Aufgabe als BIM-Multiplikator zu erfüllen und BIM konkret an den Menschen zu bringen“, verrät er. „Denn in einer öffentlichen Verwaltung hat für gewöhnlich nicht jeder Mitarbeitende die Möglichkeit, IFC-Modelle anzuschauen, zu drehen und zu inspizieren. Mit einer Autoren- oder

Modellprüfungssoftware arbeiten bei uns nur die wenigsten.“

Schmitt ist der Überzeugung, dass seine Teamkolleginnen und -kollegen erst durch die Modelle selbst eine konkrete Vorstellung bekommen, was im Projekt an den unterschiedlichen Positionen passiert. Was machen beispielsweise die Elektroplaner? Wie sehen die Lüftungsleitungen aus? Auf der Catenda-Plattform sieht das gesamte Projektteam tagesaktuell, wie die anderen Projektbeteiligten vorgehen und mit welchen Themen sie sich bei ihrer täglichen Arbeit konkret auseinandersetzen. Und das auch dann, wenn sie im E-Mail-Verkehr nicht permanent in CC stehen. Dafür sorgen das Issue- und Task-Management des Catenda Hub und der integrierte BCF-Server (BIM Collaboration Format). „Das Team ist stets up to date“, sagt

karlundp Gesellschaft für Architekten mbH, München

Christoph Schmitt. Gleichzeitig können Fehlerquellen ausgeschlossen werden, bevor sie entstehen.

Theresa Schefbeck, gesamtverantwortliche Projektleiterin und Anwenderin auf der Catenda-Plattform, stimmt dem zu. Das neue Gebäude der Landesbaudirektion soll im Passivhausstandard errichtet werden und nach dem Leitfaden des Bunds Nachhaltiges Bauen eine Silberzertifizierung erhalten. Entsprechend hoch seien allein diesbezüglich die Anforderungen. Mit der BIM-Methode kommen weitere Prozesse dazu. Deshalb benötigte das Team zwingend eine CDE-Plattform mit offenen Austauschformaten, so die Ansicht der Projektleiterin. „Dank Catenda Hub haben wir stets den aktuellen Informationsstand. Das ist komfortabel, da wir nicht laufend Dateien aus irgendwelchen E-Mails ablegen müssen, und bringt eine immense Arbeitserleichterung mit sich. Das ständige Hinterhertelefonieren nach Projektinformationen gehört von jetzt an der Vergangenheit an“, berichtet sie.

Von Beginn an war die Motivation beim Staatlichen Bauamt Schweinfurt sehr hoch, ebenso wie beim BIM-erfahrenen Objektplaner karl-undp Gesellschaft für Architekten, München. Da BIM für viele Verwaltungsmitarbeitende ein Novum war, unterstützte die ZBIM mit BIM-Manager Felix Fuchs und Robert Schmid, Sachbereichsleiter Hochbau, umfassend bei der Einführung in die neue Arbeitsmethodik. Die ZBIM wiederum erhält kontinuierliche Hilfestellung und ein Customizing durch den Softwarefabrikanten, sodass die Prozesse tatsächlich zu den Ideen und Vorgaben passen.

Die Plattform wird fortlaufend weiterentwickelt. In engem Austausch mit dem Hersteller Catenda entstehen derzeit spezielle Dashboards für die Mitarbeitenden der Bauverwaltungen. Sie sollen vor allem visuell unterstützen und es somit allen im Projektteam ermöglichen, die für ihre Zwecke wesentlichen Informationen schnell und sicher aufzufinden. Damit dies funktioniert, arbeitet die ZBIM an entsprechenden Strukturvorgaben.

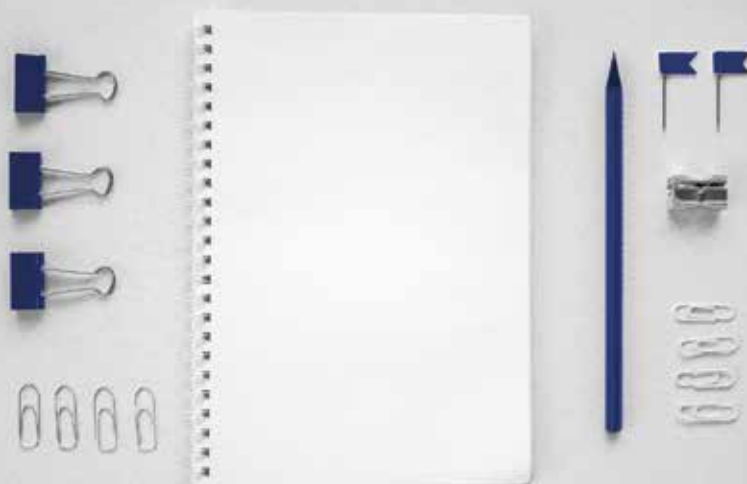
Denkbar wäre laut Sachbereichsleiter Robert Schmid aber auch, die Vielzahl an Informationen mithilfe von Künstlicher Intelligenz für die Belange der Nutzerinnen und Nutzer aufzubereiten – vorausgesetzt, der Mensch bleibt stets fester Bestandteil des Prozesses und steuert diesen.

Auch unterstützt Catenda die ZBIM aktuell bei verschiedenen Erweiterungen und Integrationen. Ein Wunsch der ZBIM ist beispielsweise die Einbindung eines durchgängigen Field-Managements für die Baustellen, mit Bautagebuch, einer Adaption für Geo-Informationssysteme (GIS) sowie der Möglichkeit, Nachhaltigkeitsinformationen in den gesamten Lebenszyklus ihrer Bauwerke aufzunehmen. „The Open Way, das Motto des Softwareanbieters, wird gelebt. Die Zusammenarbeit läuft durchweg super und macht richtig Spaß. Was wollen wir mehr?“, fasst BIM-Manager Felix Fuchs zusammen.

Verena Mikeleit ist Fachjournalistin in Süßen.

Anzeige

Nachher:



KOMMUNIX | VOIS
SOFTWARE, SYSTEME & BERATUNG

VOIS|TEVIS – Eine einfache Lösung für eine komplexe Situation.

Vorreiter in Hessen

Immo Gehde

Der digitale Gewerbesteuerbescheid bedeutet für Kommunen eine Umstellung der Prozesse, aber auch die Chance, Verwaltungsabläufe effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Die Gemeinde Eichenzell zeigt, wie ihr das gelungen ist.

Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) kommt auch Bewegung in die Digitalisierung des Steuerwesens: Das OZG eröffnete die Möglichkeit, Gewerbesteuerbescheide digital – statt wie bisher in Papierform – an die Steuerpflichtigen zu versenden. Für Kommunen bedeutet das nicht nur eine Umstellung der Prozesse, sondern auch die Chance, Verwaltungsabläufe effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten.

Grundlage für den digitalen Gewerbesteuerbescheid ist ein medienbruchfreier Prozess. Er beginnt mit der Einreichung der Gewerbesteuererklärung und gegebenenfalls der Zerlegungserklärung über das ELSTER-Portal. Das Finanzamt prüft die eingereichten Daten und erstellt die Mitteilung über den Gewerbesteuermessbetrag sowie gegebenenfalls über Zerlegungsanteile. Diese Informationen werden den Kommunen in einem elektronischen Datenformat bereitgestellt. Die Mitteilungen werden dann in die kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen(HKR)-Systeme eingespielt. Die Kommune nutzt diese Daten zur Erstellung des Gewerbesteuerbescheids. Der erstellte Gewerbesteuerbescheid inklusive XML-Anhang mit maschinenlesbaren Daten wird innerhalb

des HKR-Systems über die Schnittstelle zu ELSTER-Transfer an das zentrale Postfach des Unternehmens gesendet. Das Unternehmen oder das Steuerbüro ruft den Gewerbesteuerbescheid über das Unternehmensportal, zum Beispiel ELSTER -Unternehmenskonto, ab.

So ermöglicht der digitalisierte Prozess die effiziente Bearbeitung und den papierlosen Austausch von Gewerbesteuerdaten zwischen Finanzamt, Kommunen und Unternehmen. Der Einsatz von standardisierten Formaten und sicheren Übertragungswegen via ELSTER-Transfer optimiert den gesamten Ablauf und minimiert manuelle Eingriffe.

Einer der Vorreiter in Zusammenarbeit mit dem IT-Dienstleister ekom21 ist die Gemeinde Eichenzell. Jana Farnung, Mitarbeiterin im Steueramt von Eichenzell und zuständig für die Digitalisierung der Gewerbesteuer, hebt hervor: „Die Lösung der ekom21 mit ei-



Gewerbesteuerbescheid wird digital.

ner Schnittstelle zu ELSTER war ein entscheidender Schritt. Sie automatisiert viele Vorgänge und hat uns den Arbeitsalltag enorm erleichtert.“ Daten werden mittlerweile täglich eingespielt und verarbeitet. Ein besonders großer Vorteil ist, dass die Finanzsoftware Infoma von ekom21 als Software-as-a-Service-Lösung bereitgestellt wird. Während Updates, Wartung und Weiterentwicklung zentral im Rechenzentrum des IT-Dienstleisters erfolgen, konzentrieren sich die Verwaltungsprofis auf fachliche Fragen.

Die Gemeinde Eichenzell war eine der ersten Kommunen in Hessen, die den digitalen Gewerbesteuerbescheid zunächst testweise eingeführt hat. Im März 2024 fand der Kick-off-Termin mit ekom21

statt. In regelmäßigen Abständen wurden offene Fragen geklärt und Prozesse optimiert. Eine wichtige Erkenntnis aus der Testphase war neben der Anwenderfreundlichkeit die gute Betreuung durch den IT-Dienstleister: „Bei diesem innovativen Projekt machen wir sehr gerne mit, denn die Frage ist nicht, ob wir umstellen, sondern wann. Und wenn alle Beteiligten das identische Ziel verfolgen, geht man gerne voran“, so Simon Herr, Leiter der Finanzverwaltung in Eichenzell. Der entscheidende Meilenstein wurde im Juli 2024 erreicht: Die Kommune hat die ersten digitalen Gewerbesteuerbescheide erstellt und automatisierte Prozesse implementiert.

Die Umstellung auf den digitalen Gewerbesteuerbescheid bringt zahlreiche Vorteile mit sich. Dazu zählen einerseits die Zeitersparnis, weil die Verwaltung durch die Beschleunigung der Prozesse entlastet wird, andererseits die Ressourcenschonung, da der Papierverbrauch sinkt und manuelle Arbeitsschritte entfallen. Darüber hinaus wird die

Kundenfreundlichkeit erhöht, da Unternehmen Bescheide direkt digital abrufen und weiterverarbeiten können. Jana Farnung zieht ein positives Fazit: „Unser Ziel war es, die Effizienz zu steigern und die Zufriedenheit der Steuerpflichtigen zu erhöhen – beides haben wir erreicht.“

Die Erfahrungen aus Eichenzell zeigen, dass der digitale Gewerbesteuerbescheid nicht nur technisch umsetzbar, sondern auch ein bedeutender Schritt in Richtung moderner Verwaltung ist. Der nächste Fokus liegt darauf, weitere Prozesse – wie die Verarbeitung von Grundsteuerdaten – zu automatisieren. Dank der Unterstützung von ekom21 als verlässlichem Partner können Kommunen sicher sein, dass der Übergang reibungslos verläuft. Mit Infoma im SaaS-Betrieb und der Schnittstelle zu ELSTER bietet der IT-Dienstleister ein Rundum-sorglos-Paket, das nicht nur bei der Einführung, sondern auch im laufenden Betrieb überzeugt. „Gemeinsam mit unseren Kunden gestalten wir die digitale

Zukunft der Kommunalverwaltung“, sagt Janina Bornmann, Produktverantwortliche aus dem Produktmanagement bei ekom21. „Die Gemeinde Eichenzell hat gezeigt, was möglich ist und durch kurze Entscheidungswege einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung geleistet. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und auf weitere digital versendete Gewerbesteuerbescheide.“

Immo Gehde ist Content- und PR-Editor bei Adremcom – Agentur für Unternehmenskommunikation.

Profil

● Eichenzell

Bundesland:

Hessen

Landkreis:

Fulda

Einwohnerzahl:

11.000

Bürgermeister:

Johannes Rothmund
(CDU)

Web-Präsenz:

www.eichenzell.de



Das Projekt: Die Gemeinde Eichenzell hat als erste hessische Kommune im Rahmen eines Pilotprojekts einen digitalen Gewerbesteuerbescheid verschickt. Unterstützt wurde sie dabei von IT-Dienstleister ekom21.

Anzeige

Wir digitalisieren Verwaltung. Smart. Sicher. Innovativ.



ITEBO

Unternehmensgruppe

www.itebo.de

Hybrid gelöst

Elisabetta Casula

Online vereinbarte Termine sorgen für Planbarkeit und effiziente Abläufe im Bürgeramt. Da sie nicht für alle Bürgeranliegen geeignet sind, sollte der Spontanbesuch ebenfalls möglich bleiben. Optimal ist eine Hybridlösung, die beide Wege klug kombiniert.

Eine unabsehbare Kundenfrequenz, lange Warteschlangen und überlastetes Personal können die Folge sein, wenn Kommunen den Bürgerinnen und Bürgern ausschließlich Spontantermine für ihre Verwaltungsangelegenheiten anbieten. Immer mehr Bürgerämter führen deshalb die Onlineterminvereinbarung ein. So wissen sie, wer wann mit welchem Anliegen in die Verwaltung kommt, und können genauer einschätzen, wie viel Zeit der jeweilige Termin in Anspruch nehmen wird. Von der besseren Planbarkeit profitieren auch die Bürgerinnen und Bürger, weshalb die Onlineterminvereinbarung gut angenommen wird. Nichtsdestotrotz gibt es Verwaltungskunden, die das Bürgeramt lieber ohne digital vereinbarten Termin aufsuchen. Dazu zählen beispielsweise Bürgerinnen und Bürger, die mit der Digitalisierung überfordert sind. Einige von ihnen scheuen sich ganz vor digitalen Prozessen und machen sich gar nicht erst damit vertraut. Andere sind zwar offen dafür, haben aber nur ein geringes technisches Verständnis und deshalb Schwierigkeiten, online einen Termin zu buchen.

Hinzu kommen Bürgerinnen und Bürger, denen die technische Ausstattung – vom geeigneten



Die Onlineterminvereinbarung wird gerne in Anspruch genommen.

Endgerät bis hin zur stabilen Internetverbindung – fehlt. Ebenso sind die Spontantermine für jene eine gute Lösung, die beispielsweise Fristen übersehen oder ein anderes dringendes Anliegen haben, das kurzfristig erledigt werden muss. Damit der Bürgerservice für alle Verwaltungskunden zugänglich bleibt, sollten Spontanbesuche also weiterhin möglich sein.

Bietet eine Stadt ausschließlich Spontanbesuche an, wirkt sie auf den ersten Blick bürgerfreundlicher. Immerhin können die Verwaltungskunden während der Öffnungszeiten flexibel und mit jedem Anliegen vorbeikommen. Allerdings kann die

Verwaltung nicht vorhersagen, wie viele Spontantermine an einem Tag tatsächlich in Anspruch genommen werden. Das erschwert die passgenaue Personalplanung. Auch variiert der Zeitaufwand für die unterschiedlichen Verwaltungsanliegen, weshalb die Dauer der einzelnen Termine nur grob eingeschätzt werden kann. Es entstehen Engpässe und Wartezeiten, an manchen Tagen ist das Terminkontingent nicht ausreichend.

Besser ist ein hybrides Terminbuchungssystem, wie es die Stadt Warendorf mit Lösungen aus dem Hause JCC Software umgesetzt hat. Die nordrhein-westfälische

Kommune bietet zum einen die Onlineterminvereinbarung an. Zum anderen plant sie ein bestimmtes Kontingent für Spontantermine im Bürgerbüro ein. Wer einen solchen in Anspruch nehmen will, meldet sich vor Ort über eine Self-Service-Anmeldesäule an. Am so genannten Infopoint des Bürgerbüros steht ein Mitarbeiter zur Verfügung, der die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen kann. Am Self-Service-Terminal müssen sich auch jene anmelden, die bereits online einen Termin vereinbart haben. Erst nach der Anmeldung erhalten sie eine Wartenummer und werden vom Besucherleitsystem berücksichtigt. So wird verhindert, dass nicht wahrgenommene Termine unnötig eingeplant und aufgerufen werden. Auch behalten die Mitarbeiter mit dem

Leitsystem jederzeit den Überblick über den aktuellen Kundenzustrom.

Warendorf kombiniert auf diese Weise die bereits gebuchten Termine mit den Spontanterminen, während die Effizienz und Planbarkeit der digital gebuchten Termine erhalten bleiben. Menschen, die von der Digitalisierung keinen Gebrauch machen können oder wollen, bleiben nicht außen vor – die Mitarbeiter im Bürgeramt übernehmen den digitalen Prozess für sie. Im Ergebnis kann die Stadt dank der Onlineterminvereinbarung und dem Besucherleitsystem die Bürgeranliegen strukturierter angehen, ganz gleich, ob es sich um einen vorab oder spontan vereinbarten Termin handelt. Obendrein bleibt der Bürgerservice für

digitalaffine und nicht-digitalaffine Verwaltungskunden gleichermaßen zugänglich.

Elisabetta Casula ist Mitarbeiterin im Bereich Marketing und Kommunikation bei der JCC Software GmbH, Münster.

Profil

• Warendorf

Bundesland:
Nordrhein-Westfalen
Landkreis:
Warendorf
Einwohnerzahl:
38.000
Bürgermeister:
Peter Horstmann
(parteilos)
Web-Präsenz:
www.warendorf.de



Das Projekt: Die Stadt Warendorf ist im April 2024 im Bürgerbüro von festen Zeitblöcken auf flexible Terminbuchungen umgestiegen und setzt dabei auf Lösungen von Anbieter JCC Software. Spontanbesuche sind aber weiterhin möglich.

Anzeige



Prosoz-Formularlösungen

Realisieren Sie Online-Services mit digitalem Mehrwert für Ihre Verwaltung.

- Schlüsselfertige Online-Formulare für zahlreiche Antragsanlässe
- Umfassendes Formularmanagement bis zu individueller Formularerstellung und -hosting
- Datenübernahme aus Online-Anträgen in die Prosoz-Fachverfahren inkl. begleitender Dokumente



prosoz.de/
ende-zu-ende-digitalisierung

Prosoz

Digitale Transformation.
Einfach machen.

Direkt kommunizieren

Harriet Kasper

Eine Studie des Fraunhofer-Instituts IAO beleuchtet Vorteile von Kita-Apps: von der Effizienzsteigerung über datenbasierte Entscheidungen bis hin zur erhöhten Resilienz in Krisenzeiten. Ein Vorgehensmodell unterstützt Träger bei der Auswahl der digitalen Tools.

Ein Kita-Kind bringt mehrmals wöchentlich wichtige Informationszettel mit nach Hause. Diese dominieren bislang zusammen mit Aushängen und kurzen Gesprächen beim Bringen und Abholen der Kinder den Austausch zwischen Eltern und Betreuungseinrichtungen. Kita-Apps können hier eine effiziente, datenschutzkonforme und zugängliche Alternative bieten. Sie können nicht nur den Informationsfluss verbessern, sondern auch die Organisation und Partizipation der Eltern. Nach Einschätzung des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO sollten Kita-Apps in den kommenden Jahren daher flächendeckend eingeführt werden.

Unbestritten ist, dass Kita-Apps eine schnellere Kommunikation ermöglichen und dadurch auch in zukünftigen Krisensituationen eine wichtige Rolle spielen können. Denn die Apps bieten auch den Trägern und über diese beispielsweise den Gesundheitsämtern einen aktuellen und direkten Kommunikationsweg zu den Eltern.

Ohne Kita-Apps erleben Eltern zahlreiche Herausforderungen: unterschiedliche Kommunikationskanäle, lange Informationswege, Zettelwirtschaft und ineffiziente

Abstimmungen. Die Vorteile einer App sind aus Elternsicht daher offensichtlich: Sie stellt eine zentrale Plattform für alle Informationen dar, ermöglicht eine direkte und schnelle Kommunikation mit der Kita und bietet organisatorische Funktionen wie digitale Krankmeldungen und Kalender. Als besonders wichtig beschrieben die vom Fraunhofer IAO interviewten Eltern eine intuitive Bedienung und eine sichere, DSGVO-konforme Nutzung.

Auch für die Kita-Mitarbeitenden bieten die Apps Entlastung. Sie reduzieren den administrativen Aufwand, automatisieren Prozesse und erleichtern die Dokumentation. Zudem verbessern sie die Zusammenarbeit im Team und die Kommunikation mit den Eltern, etwa durch eine direkte Nachrichtenfunktion oder digitale Formulare. So kann zum Beispiel der Anmeldestand für Kita-Veranstaltungen direkt abgelesen werden. Träger profitieren von Effizienzsteigerungen, Kosteneinsparungen und der Möglichkeit, datenbasierte Entscheidungen zu treffen. So ist es über eine Kita-App ohne lange Rückfragen per E-Mail



Ekaterina Pokrovsky/stock.adobe.com

Apps bringen Erleichterung im Kita-Alltag.

oder Telefon möglich, festzustellen, wie viele Kinder in den jeweiligen Einrichtungen anwesend sind. Damit lassen sich Springkräfte kurzfristig entsprechend dem tatsächlichen Bedarf planen. Umfassende Kita-App-Lösungen integrieren darüber hinaus auch Verwaltungsprozesse wie Platzvergabe und Gebührenabrechnung.

Anhand von Praxisbeispielen bei drei städtischen Trägern wurde im Rahmen der Fraunhofer-Studie das Vorgehen bei der Auswahl und Einführung einer Kita-App untersucht: Die Einführung einer Kita-App bei der Stadt Ludwigsburg wurde durch ein übergeordnetes Digitalisierungsprojekt unterstützt und konnte dadurch sehr schnell realisiert werden. Der Träger entschied sich für eine reine Kommunikations-App mit Check-in/-out, ►

Mehr Zeit fürs Wesentliche

– mit digitalen Lösungen, die wirklich entlasten

Stay Informed: Die App für Kita, Grundschule und Hort – praxiserprobt in über 11.000 Einrichtungen

Der Alltag in Kitas, Grundschulen und Horten ist lebendig – und oft auch fordernd. Zwischen pädagogischer Arbeit, Elterngesprächen und Verwaltungsaufwand bleibt wenig Zeit für das, was wirklich zählt: Zeit mit den Kindern. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an Kommunikation, Dokumentation und Organisation.

Was Einrichtungen, Träger und Kommunen brauchen, ist keine zusätzliche Technik. Sie brauchen digitale Unterstützung, die entlastet – einfach, sicher und durchdacht.

Genau hier setzt Stay Informed an.

Die Lösung ist in Kitas, Grundschulen und Horten einsetzbar – überall dort, wo Kinder eng begleitet werden und Eltern intensiv eingebunden sind. Während Leitungen und Teams im browserbasierten Verwaltungsportal arbeiten, nutzen Eltern die App – mit klar definierten Rollen und Funktionen.

Mit wenigen Klicks lassen sich Informationen teilen: ob Elternbrief, Erinnerung an den Kita-Ausflug oder Einladung zum Elternabend. Lesebestätigung und Rückmeldefunktion sorgen für Ver-



bindlichkeit, individuelle Erreichbarkeitszeiten im Messenger für Ruhe außerhalb der Arbeitszeiten. Möglich sind strukturierte Gruppenchats (z. B. für den Elternbeirat oder die „Bärchengruppe“) sowie direkte Kommunikation zwischen Eltern und pädagogischem Team.

Besonders hilfreich: die integrierte Übersetzungsfunktion in über 25 Sprachen – damit auch Familien ohne Deutschkenntnisse zuverlässig erreicht werden.

Auf der Pinnwand können Fotos, PDFs und andere Dateien geteilt werden – wie etwa das Kita-ABC, Infos zum Sommerfest oder Eindrücke vom Waldausflug. Ein digitaler Kalender bündelt alle Termine. Abwesenheiten lassen sich flexibel verwalten: Eltern können ihr Kind bei Krankheit oder anderen Gründen direkt per App abwesend melden, Einrichtungen koordinieren diese übersichtlich im Verwaltungsportal. Mit dem digitalen Ein- und Auschecken, inklusive Abholberechtigungen, wird auch der Bring- und Abholprozess einfacher.

Neu ist das Modul „Teamplanung“ – es vereinfacht interne Abläufe deutlich: Arbeitszeiten können erfasst, Überstunden automatisch berechnet, Abwesenheiten wie Urlaub oder Krankheit verwaltet und Dienstpläne direkt erstellt, veröffentlicht und mit dem Team geteilt werden.

„Stay Informed bringt Struktur in den Alltag – und schafft mehr Zeit fürs Wesentliche.“

Rund 11.000 Einrichtungen setzen bereits auf Stay Informed – und über 850.000 Eltern nutzen die App für den täglichen Austausch mit Kita, Schule oder Hort.

Mehr Informationen unter:
www.stayinformed.de/k21



 **stay
informed**
Mehr Zeit fürs Wesentliche

Kalender- und Chatfunktionen. Ein Pilotprojekt in zwei Einrichtungen erleichterte die spätere Skalierung auf alle 23 Kitas. Erfolgsfaktoren waren ein engagiertes Projektteam, eine gute technische Infrastruktur und frühzeitige Schulungen.

Als Träger von 174 Kitas setzte die Stadt Stuttgart auf eine strukturierte, EU-weite Ausschreibung. Die ausgewählte App bietet eine digitale Pinnwand, einen Kalender und eine Nachrichtenfunktion. Die Einführung erfolgte ohne Pilotphase, um allen Einrichtungen gleichzeitig den Zugang zu ermöglichen. Eine zentrale Hotline unterstützt den laufenden Betrieb. Die Stadt Waiblingen wiederum entschied sich für eine Komplettlösung, die neben der Kommunikation auch

Verwaltungsaufgaben wie Anmeldeverfahren integriert. In einem Workshop mit Erziehenden, Leitungen und Eltern wurden Bedarfe erhoben und im Auswahlprozess berücksichtigt. Das agile Vorgehen und eine enge Abstimmung mit dem Anbieter ermöglichten eine passgenaue Lösung. Die in den drei Praxisbeispielen gesammelten Erfahrungen sind positiv. An einigen Stellen konnten sogar mehr Anforderungen erfüllt werden, als zunächst angenommen.

Die monatlichen Kosten für eine Kita-App sind durchaus überschaubar, nicht zu unterschätzen sind aber die Projektkosten für die Auswahl und Einführung einer solchen Lösung. Aus Sicht des Fraunhofer IAO ist es daher sehr wichtig und

im Interesse der Kommunen, für kleinere Träger und zum Beispiel Eltern-Kind-Initiativen die Möglichkeit zu schaffen, sich größeren Trägern anzuschließen. Denn eine fundierte App-Auswahl und Einführung sind sehr aufwendig und für diese Organisationen sonst kaum umzusetzen.

Harriet Kasper ist im Forschungsbereich Digital Business des Fraunhofer-Instituts IAO im Team Angewandte KI tätig.

Link-Tipp

Mit der Studie des Fraunhofer IAO erhalten Kita-Träger ein Vorgehen zur Auswahl einer Kita-App an die Hand. Sie steht hier kostenlos zum Download bereit:

- <https://doi.org/10.24406/publica-3395>

Anzeige

Kommunen in der Zwickmühle

Der demografische Wandel DIE große Herausforderung für die Jugendhilfeplanung



Viele Kommunen, vor allem in NRW, sahen sich bei der Vergabe der Kitaplätze für 2025/2026 einer völlig neuen Situation gegenüber: Überraschenderweise waren am Ende der Platzvergabe nicht nur alle Kinder von den Wartelisten auf ihre Wunschkitas verteilt worden, sondern es blieben vor allem im Bereich U2 Plätze unbesetzt. Für die Kommunen, die in den letzten Jahren aufgrund des Rechtsanspruchs ständig unter dem Druck standen, nicht ausreichend Plätze anbieten zu können, kam dies völlig unerwartet. Der Grund dafür liegt in den im Vergleich zu den Vorjahren stark gesunkenen Geburtenzahlen,

die sich zwar regional unterscheiden, aber dennoch bundes- und europaweit zu beobachten sind.

Die Jugendhilfeplaner (JHP) liefern der Politik die Grundlage für die erforderlichen Schritte in der Kinderbetreuung. Sie sind nun in der Zwickmühle, den sehr kurzfristig veränderten Anforderungen einerseits und den langfristigen Aus- und Umbauplänen mit teilweise zwanzigjähriger Zweckbindung andererseits gerecht zu werden. Mit entsprechend effizienten Planungs- und Vergabesystemen kann die JHP für anstehende Vergaberunden verschiedene Szenarien durchspielen und die optimale

Platzbelegung ermitteln. Auch die Auswirkungen auf die Folgejahre werden deutlich und können in der aktuellen Planung berücksichtigt werden. So werden die Bedarfe für die Kindertagespflege bereits frühzeitig klar, was den JHP dabei hilft, die Gratwanderung zwischen Tagespflege und Krippenbelegung jeweils bestmöglich abzubilden.

Optimierte Planungsprozesse für die Kinderbetreuung helfen, vorhandene Ressourcen umfänglich zu nutzen und den Bürgern so eine hohe Servicequalität zu bieten.

www.trinuts.de
www.kitavm.de

Flexibel digitalisieren

Denise Schad

Mit digitalen Lösungen für Kitaplatzanmeldung und -vergabe, Beitragsberechnung und Bedarfsplanung erleichtert der Kreis Paderborn den Alltag von Eltern und Einrichtungen.

Der Kreis Paderborn will die Organisation, Anmeldung und Vergabe von Kitaplätzen für alle Beteiligten möglichst einfach gestalten. Ab Herbst 2022 testete die nordrhein-westfälische Kommune deshalb ein digitales Verfahren für diese Abläufe. Den Anfang machte die Gemeinde Altenbeken. Als Pilotkommune setzte sie den Roll-out des Familienportals von Anbieter Little Bird um. Dieses sorgt mit der Onlineplatzsuche und einem digitalen Anmeldeverfahren sowohl bei den Eltern als auch in den Einrichtungen für mehr Transparenz und Effizienz. Gemeinsam haben die Verwaltung und Kitaleitungen in Altenbeken außerdem die Little Bird Software in die Praxis überführt. Sie hilft bei der Einrichtungs- und Trägerverwaltung und beim Dokumenten-, Platz- und Vertragsmanagement.

Bis Anfang 2025 wurde die Little-Bird-Lösung bereits in sechs der insgesamt zehn Paderborner Kommunen erfolgreich umgesetzt, drei weitere folgen im September 2025. Damit ihnen die Einführung der neuen Software reibungslos gelingt, werden Verwaltung, Träger und Leitungen vom Kundensupport von Little Bird begleitet.

Während das Fachverfahren Little Bird für effiziente Prozesse bei

übergeordneten Aufgaben wie der Anmeldung, Platzvergabe, Beitragsberechnung oder Bedarfsplanung sorgt, vereinfacht die KIKOM-App den Arbeitsalltag in den Kinderbetreuungseinrichtungen und bei den Trägern. Auch sie findet im Kreis Paderborn Anwendung. Welche KIKOM-Bausteine sie im Verwaltungs- und Kita-Alltag nutzen wollen, entscheiden die neun Kommunen selbst. Der virtuelle Baukasten ermöglicht es ihnen, klein zu starten und die Systeme jederzeit nach eigenem Bedarf zu erweitern.

Seit Sommer 2024 greift Altenbeken in seinen Kitas auf zwei KIKOM-Funktionen zurück. „Dank des Einsatzes von KIKOM Pay in Verbindung mit der Speiseplanung Pro konnten wir den Bestell-, Bezahl- und Abrechnungsprozess der Mittagsverpflegung für die Eltern transparenter gestalten und den Aufwand in der Verwaltung reduzieren“, sagt Isabell Böker, die in der Gemeinde für die Digitalisierung zuständig ist. Der KIKOM-Baustein Kommunikation wiederum bietet eine sichere und schnelle Eltern-



Mit flexiblen Bausteinen schrittweise in die Digitalisierung starten.

und Teamkommunikation mit integrierter Direktübersetzung in 32 Sprachen. „Das Kommunikationsmodul trägt dazu bei, dass sich die Abläufe innerhalb unserer beiden Kitas verbessern“, erklärt Böker. „In der benutzerfreundlichen Oberfläche können Eltern, Kita-Leitungen und die Mitarbeitenden unkompliziert miteinander kommunizieren und haben jederzeit alle Termine und relevanten Informationen im Blick. Die flexible Buchung der Bausteine ermöglicht es uns außerdem, problemlos neue Funktionen zu integrieren. KIKOM umfasst außer den Kommunikationsbausteinen hilfreiche Funktionen zur Einrichtungs- und Gruppenorganisation sowie zum pädagogischen Arbeiten.“

Denise Schad leitet das Kundenmanagement bei der InstiKom GmbH.

Überblick ohne Aufwand

Marita Bührmann

Die Vergabe von Kitaplätzen bringt viele Kommunen jedes Jahr an ihre Grenzen: hoher Verwaltungsaufwand, fehlende Transparenz und unzufriedene Eltern prägen den Prozess. Dabei könnte Software eine digitale, effiziente und faire Vergabe unterstützen.

Seit Einführung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) setzen zwar immer mehr Kommunen auf eine digitale Kitaplatzvergabe, doch in vielen Verwaltungen ist die Vergabe nach wie vor ein ressourcenintensiver Prozess. Häufig prägen Excel-Tabellen, E-Mails, Telefonate und dezentral geführte Wartelisten den Alltag. Das Ergebnis: überlastete Mitarbeitende, aufwendige Abstimmungen und Prozesse, die unnötig kompliziert sind. Denn ohne ein zentrales System ist es für Kommunen kaum möglich, Plätze sowohl fair als auch effizient zu vergeben. Hinzu kommt, dass Eltern ihre Kinder oft in mehreren Einrichtungen gleichzeitig anmelden müssen, um sich einen Betreuungsplatz zu sichern. Das führt zwangsläufig zu Mehrfachzusagen für manche Kinder, während anderen Kindern dann kein Platz angeboten werden kann.

Wie aufwendig diese Situation sein kann, zeigte sich in der Stadt Göttingen. Mit mehr als 110 Kindertagesstätten und 25 unterschiedlichen Trägern war die Platzvergabe

eine echte Mammutaufgabe. Jelena Virnich vom Fachbereich Jugend erinnert sich: „Vor Einführung der Onlineanmeldungen haben Eltern in allen infrage kommenden Einrichtungen ihre Anmeldungen abgegeben und in einigen Fällen auch mehrfach Zusagen bekommen. In den Kitas wurden dann häufig mehrere Plätze für ein und dasselbe Kind freigehalten und auch die Verwaltung hatte keinerlei Überblick über die Platzvergabe.“

Mit Einführung von NOLIS | Kita-Platz im Jahr 2021 haben sich die Abläufe deutlich vereinfacht. Über das NOLIS | Kita-Portal können sich Eltern an zentraler Stelle detailliert über alle Kindertagesstätten informieren und die Voranmeldung bequem online abgeben. Jelena Virnich zieht ein positives Fazit: „Der ganze Vergabeprozess verläuft viel übersichtlicher, und auch die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer 25 verschiedenen Träger lassen sich mit der Software gut unter einen Hut kriegen.“

Bundesweit setzen mittlerweile mehr als 100 Kommunen auf eine zentrale und trägerübergreifende Platzvergabe mit der Lösung von Anbieter NOLIS. Damit reduziert sich nicht nur der Aufwand für Eltern, Kitas und Verwaltung er-

heblich – ganz nebenbei erfüllen die Kommunen auch die gesetzlichen Anforderungen des OZG. Dabei spielt es keine Rolle, ob mehr als 100 Einrichtungen oder nur eine Handvoll vorhanden sind – NOLIS | Kita-Platz lässt sich flexibel an lokale Gegebenheiten anpassen. Besonders für kleinere Kommunen ist die Möglichkeit, das Anmeldeformular direkt in die eigene Website zu integrieren, eine kostengünstige Alternative zum eigenständigen Kitaportal. Das Anmeldeformular ist dabei immer individuell konfigurierbar: Standardfragen lassen sich deaktivieren und eigene Felder mit spezifischen Abfragen jederzeit flexibel ergänzen. So kann sichergestellt werden, dass nur für die Vergabe relevante Daten abgefragt werden und der Grundsatz der Datenminimierung berücksichtigt wird.

Auch der anschließende Vergabeprozess lässt sich durch vielfältige Konfigurationsmöglichkeiten an die Wünsche vor Ort anpassen. So kann die Platzvergabe zentral über die Verwaltung erfolgen. Alternativ können Kitas Betreuungsplätze auch selbstständig oder in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zuweisen. Bei der Wahl des geeigneten Vergabeprozesses unterstützen erfahrene Expertinnen und Experten wie Kira Metzlaß, Produktma-

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- www.nolis-kitaplatz.de

nagerin von NOLIS | Kita-Platz. „Wir prüfen gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Kommunen die bisherigen Prozesse und die individuellen Präferenzen. Auf dieser Basis können wir dank langjähriger Erfahrung den optimalen Prozess empfehlen und die Kommunen umfassend beraten“, erläutert Metzloff. Automatisierte Funktionen wie die Punktevergabe für eine faire Priorisierung der Anmeldungen, Dubletten-Prüfungen, Benachrichtigungen und Status-Updates ersparen den Beteiligten bei der Vergabe zeitaufwendige manuelle Prozesse.

Doch nicht nur die Vergabe der Plätze ist ein komplexes Unterfangen. Auch den Überblick über alle Bestandskinder, die Auslastung der Kitas und den konkreten Platzbedarf zu behalten, ist herausfordernd. Oft müssen Daten mühsam aus unterschiedlichen Verwaltungsprogrammen, die bei den Trägern einge-

setzt werden, oder auch aus Excel-Listen zusammengetragen werden. Abhilfe schafft da die Erweiterung NOLIS | Kita-Platz PLUS. Das Modul bündelt alle relevanten Informationen über alle Träger und Einrichtungen hinweg an einer zentralen Stelle. So erhalten Kommunen eine vollständige Übersicht – ohne manuelle Datenzusammenführung oder Medienbrüche. „Viele Verwaltungen berichten uns, wie aufwendig es ist, den Überblick

über alle Bestandskinder innerhalb der Kommune zu behalten“, erklärt Kira Metzloff. „Mit der Erweiterung bieten wir eine Lösung, die Transparenz schafft und Verwaltungsprozesse spürbar vereinfacht.“

Besonders hilfreich: Die automatische Berechnung der Austrittsdaten der betreuten Kinder. Damit haben Kommunen zu jedem beliebigen Stichtag einen präzisen Überblick über belegte und freie Betreuungsplätze in den einzelnen Einrichtungen. So lassen sich freie

altersübergreifenden/-gemischten Gruppen automatisch berücksichtigt. „Die Flexibilität hinsichtlich der regionalen Vorgaben macht die Software für alle Kommunen deutschlandweit einsetzbar“, erläutert Kira Metzloff und ergänzt: „Ob eigene Stichtage, individuelle Übergangsregelungen oder bundeslandspezifische Anforderungen – unsere Software kann all das abbilden.“

Die Weiterentwicklung der Software wird kontinuierlich vorangetrieben: So

wurde in enger Zusammenarbeit mit den einsetzenden Kommunen kürzlich ein vollständiger Betreuungsverlauf je Kind ergänzt, der eine lückenlose Übersicht über vergangene, aktuelle und zukünftige Betreuungsplätze bietet. Personen mit entsprechender Berechtigung haben Zugriff auf alle relevanten Informationen – ohne aufwendige Recherche oder ein Zusammen-

führen einzelner Datensätze. So ist stets ersichtlich, für welche Kinder die Anschlussbetreuung bereits gesichert ist und in welchen Fällen noch eine Zuweisung erfolgen muss. Sämtliche Reports berücksichtigen die anstehenden Wechsel und ermöglichen eine effiziente Vergabe freiwerdender Plätze.

Marita Bührmann ist Referentin für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit bei der NOLIS GmbH.



Softwarelösungen vereinfachen die Kitaplatzvergabe.

Kapazitäten frühzeitig erkennen und Engpässe vermeiden. Individuelle Regelungen, etwa für den Wechsel von der Krippe in den Kindergarten, werden zu diesem Zweck flexibel konfiguriert. Ebenso finden bundeslandspezifische Vorgaben Eingang in die automatischen Berechnungen in NOLIS | Kita-Platz PLUS. So werden beispielsweise die bundeslandspezifischen Vorgaben zur Schulpflicht ebenso wie die mögliche Platzreduzierung in

Fachsoftware hilft

Jörn Bargfrede

Mit Fachsoftware aus dem Hause GovConnect können Ordnungsdienste Aufträge und Meldungen effizient dokumentieren und bearbeiten. Auch wird der Innen- und Außendienst medienbruchfrei vernetzt. Die Lösung steht in der Deutschen Verwaltungscld zur Verfügung.

In immer mehr Städten und Gemeinden helfen Kommunale Ordnungsdienste (KOD) dabei, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie ahnden Parkverstöße, sorgen für die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung (StVO), kümmern sich um Ruhestörungen, überwachen öffentliche Plätze und Grünanlagen und stellen gegebenenfalls Verwarnungen aus. Dabei arbeiten sie eng mit der örtlichen Polizei zusammen und übernehmen bei Bedarf entsprechende Aufgaben von ihr.

Für die effiziente Organisation ihrer Aufgaben steht den KOD der pmOrdnungsManager zur Verfügung. Mit der Software aus dem Hause GovConnect können sie eingehende Aufträge und Meldungen übersichtlich dokumentieren und weiterbearbeiten. Auch können Mängelanzeigen und Beschwerden unkompliziert erfasst, entsprechende Aufträge vergeben und Einsätze protokolliert werden. Kommunen, die eine mobile Datenerfassung im Außendienst des KOD einführen möchten, können zusätzlich die pmOWI-App einsetzen. Mit der ebenfalls von GovConnect bereitgestellten Lösung lassen sich sämtliche Ordnungswidrigkeiten erfassen. Um den Erfassungsprozess zu vereinfachen, stehen optional ein



Software unterstützt im Innen- und Außendienst.

Kennzeichen- und Ausweis-Scan zur Verfügung. „Auf diese Weise können Personendaten schnell und sicher ausgelesen und bei Bedarf an die zuständigen Stellen weitergegeben werden. Beispielhafte Einsatzgebiete wären die Erfassung von Personendaten bei Abschleppmaßnahmen, Allgemeinen Ordnungswidrigkeiten sowie Platzverweisen, Sicherstellungen oder Durchsuchungen von Gegenständen“, erklärt Jan Becker, Produktmanager für den pmOrdnungsManager und die pmOWI-App bei GovConnect.

Seit Anfang 2024 setzt beispielsweise der Ordnungsdienst in Bremen die beiden Lösungen ein. Zum einen kann er damit die täglich wechselnden Einsatzteams einfach und zeitsparend einteilen. Zum anderen lassen sich Aufträge

einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder aber ganzen Teams zuweisen. Dank passendem Rechte- und Rollenkonzept können die Mitarbeiter auch in unterschiedlichen Teams und somit teamübergreifend Aufträge bearbeiten.

Erhält der Innendienst Polizei- oder Bürgeranfragen, kann er diese im pmOrdnungsManager dokumentieren und an den Außendienst weitergeben. Dem Außendienst werden die Meldungen des Innendienstes in einer übersichtlichen Darstellung angezeigt. Er führt daraufhin die Kontrollen durch, leitet erforderliche Maßnahmen ein und dokumentiert diese in Einsatzberichten. Letztere lassen sich wiederum als Tätigkeitsnachweise nutzen, Bilder und PDF-Dokumente können beigefügt werden. Da der Innendienst

die vom Außendienst dokumentierten Einsatzberichte direkt einsehen kann, ist er in der Lage, entsprechende Bürgeranfragen schnell zu beantworten.

Indem er sie medienbruchfrei vernetzt, erleichtert der pmOrdnungsManager die Zusammenarbeit zwischen Innen- und Außendienst deutlich. Das gilt auch für deren Kommunikation. Dank integrierter Kommentarfunktion können die Nutzenden Notizen hinterlegen oder sich zu einem Auftrag oder einer Meldung austauschen. Die Festlegung von Prioritäten und Fälligkeiten hilft allen Beteiligten, den Überblick zu behalten und Aufgaben fristgerecht zu erledigen. Zudem vereinfacht der pmOrdnungsManager die Zusammenarbeit mit anderen Fachbehörden oder externen Auftraggebern, etwa im Rahmen der Amtshilfe. Mitarbeiter können die Aufträge manuell oder automatisch anhand konfigurierter Regeln vom System an die zuständige Stelle zur Prüfung, Kontrolle und gegebenenfalls weiteren Bearbeitung per E-Mail senden.

Der Bremer Ordnungsdienst schätzt vor allem die zahlreichen Auswertungs- und Statistikfunktionen des pmOrdnungsManagers. „Damit können beispielsweise die tägliche Anzahl an Ordnungswidrigkeiten oder durchgeführte Kontrollen nach zeitlicher und regionaler Häufigkeit erfasst werden“, erläutert der Bremer Senator für Inneres und Sport Ulrich Mäurer in einer Pressemitteilung. Bei der optimalen Einsatzplanung hilft wiederum eine Übersichtskarte, auf der die Aufträge und Meldungen anhand von Adressdaten vermerkt sind. Auf dieser Basis können beispielsweise Hotspots identifiziert oder eine Heatmap erstellt werden, was mitunter bei der Informationsweitergabe an andere Stellen relevant ist.

Da der pmOrdnungsManager auch für ein geringeres Fallaufkommen geeignet ist, wird er von unterschiedlich großen Kommunen eingesetzt. Beispielhaft genannt seien die Stadt Wildberg mit rund 10.400 Einwohnern, die Stadt Göppingen mit knapp 60.000 Einwohnern oder die Stadt Hannover

mit circa 549.000 Einwohnern. Ebenso können Kreisverwaltungen den pmOrdnungsManager nutzen, etwa für Fahrerermittlungen oder Waffenüberprüfungen.

Der pmOrdnungsManager kann ausschreibungsfrei und rechtssicher über die Deutsche Verwaltungswolke (DVC) beschafft werden. Durch die vorgegebenen Standards der DVC wird garantiert, dass die Software bestimmten Qualitätskriterien entspricht. Als Software-as-a-Service (SaaS) lässt sich die Anwendung unkompliziert in die hausinterne IT-Infrastruktur einbinden. Updates werden automatisch bereitgestellt, für die Datensicherung zeichnet Anbieter GovConnect verantwortlich. Die Cloudapplikation (Webportal) wird in einem sicheren, hochverfügbaren und nach ISO/IEC 27001:2013 zertifizierten kommunalen Rechenzentrum betrieben. Ein Betrieb auf eigener Infrastruktur ist auch möglich.

Jörn Bargfrede ist Leiter im Bereich Vertrieb & Marketing bei der GovConnect GmbH.

Anzeige

brain-SCC

Ihr Partner für Digitale Verwaltung

EfA-Digitale Baugenehmigung

„Einer für Alle“
Der Bauantrag geht online



digitale-baugenehmigung.de

VOIS-Vorgangsraum

Die zentrale Plattform für moderne Verwaltungsprozesse



vorgangsraum.de



www.brain-scc.de



LinkedIn
brain-scc



Sächsischer
Städte- und
Gemeindetag

12. Juni 2025

Alte Wollkämmerei Leipzig

Besuchen Sie uns Vor Ort

**BADEN-40
WÜRTTEMBERG**

03. Juli 2025
Maritim Hotel Stuttgart

digitalLÄND

03. Juli 2025

Maritim Hotel Stuttgart

Besuchen Sie uns Vor Ort



In Bayern vorne

Claudine Tauscher

Bei der Digitalisierung nimmt der Kreis Regensburg in Bayern eine Vorreiterrolle ein. Neben Chatbot und Voicebot hat die Kommune auch bereits Erfahrungen mit KI und Robotic Process Automation gesammelt. Jüngst ist die Entwicklung eines eigenen LLMs gestartet.

Der Landkreis Regensburg zählt zu den führenden Kommunen Bayerns im Bereich digitale Verwaltung. Schnelles und verlässliches Internet ist die Grundlage für Homeoffice, Studium, Wirtschaft, Telemedizin und Freizeitvergnügen, aber auch für digitale Verwaltungsleistungen. Die Laber-Naab Infrastruktur GmbH (LNI) vergab Anfang Januar 2025 Aufträge für das größte interkommunale Glasfaserprojekt Bayerns an drei Firmen, die eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur in den Landkreisen Regensburg und Teilen Neumarkts schaffen werden. Im Frühjahr sind die Arbeiten für insgesamt 33.000 förderfähige Hausanschlüsse in drei Clustern gestartet. Bund und Freistaat steuern Fördermittel zur Finanzierung bei, die Kommunen stellen zusätzlich jeweils einen Eigenanteil in Höhe von circa zehn Prozent zur Verfügung. Insgesamt wird somit im Projektgebiet der LNI mit 47 Kommunen für Planung Tiefbau, Verteiler und Glasfaserkabel bis ins Haus eine knappe halbe Milliarde Euro investiert. Dieses kommunale Netz ist laut Telekom ihr größtes Betreibermodell in Deutschland.

Der Landkreis Regensburg ist gut darauf vorbereitet, eine smarte Region zu werden. Während digi-



Petula Hermansky

Mitarbeitende des Landratsamts Regensburg und Landrätin Tanja Schweiger (2.v.l.).

tale öffentliche Dienstleistungen bereits breit genutzt werden und die Kommune zu einem bayerischen Vorreiter machen, schreitet auch die Automatisierung interner Prozesse voran. Der gezielte Einsatz von Künstlicher Intelligenz schafft dabei wertvolle Ressourcen, die den Service für Bürgerinnen und Bürger weiter verbessern. Der Kreis wird auch in Zukunft alles daransetzen, diese Vorreiterrolle zu behaupten und auszubauen.

Das Landratsamt befasst sich seit 2022 mit Robotic Process Au-

tomation (RPA). Nach intensiver Vorbereitungsarbeit im Rahmen eines Talentprogramms wurden seit 2024 bereits 38 Prozesse identifiziert, die sich für diese Technologie eignen. 14 dieser Prozesse sind schon im Live-Betrieb und sorgen für eine Zeitersparnis von rund 5.800 Stunden pro Jahr. Die Technologie trägt dazu bei, repetitive Aufgaben zu reduzieren und den Mitarbeitenden mehr Raum für kreative und wertschöpfende Tätigkeiten zu geben. Der Return on Investment (ROI) liegt aktuell bei circa sieben Monaten,

und erste Prozesse werden nun zusätzlich durch den Einsatz von KI-Technologie unterstützt. So werden zum Beispiel handschriftliche Formulare mittels neuronaler Bilderkennung – ohne Bruchstellen im Workflow – direkt in digitale Texte umgewandelt. Deutschlandweit gehört der Landkreis Regensburg zu den führenden Kommunen beim Einsatz von RPA-Technologie.

In Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Deggendorf und dem Bayerischen KI-Institut wurde 2023 das Projekt „KI in der Verwaltung“ ins Leben gerufen. Die Künstliche Intelligenz unterstützt unter anderem das Kreisjugendamt bei Transkriptionen, Übersetzungen, Formulierungshilfen und der Suche nach Rechtsgutachten. In Kooperation mit dem Unternehmen roosi und der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) ist das Landratsamt aktuell an der Entwicklung des Kommunalassistenten „KAI – Kommunale Artificial Intelligence“ beteiligt. Dieser soll Kommunen künftig etwa bei der Protokollierung von Gesprächen, Echtzeitübersetzungen und der Rechtsrecherche unterstützen. Im April hat das Landratsamt die Entwicklung eines eigenen Large Language Models (LLM) gestartet,

das auf dem ChatBot ReLaX (RegensburgerLandleXikon) basiert. Das LLM soll DSGVO-konform sein und intern unter Berücksichtigung aller notwendigen Handlungsfelder eingesetzt werden.

Im Jahr 2023 hielt das Landratsamt etwas mehr als 200 Online-dienste für seine Bürgerinnen und Bürger vor. Aktuell (Stand: Ende März 2025) sind es mehr als 311 digitale Dienste, die den Gang aufs Amt oft überflüssig machen. Im Ranking aller 96 Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern liegt das Landratsamt unter den Top fünf. Und es kommen laufend weitere digitale Angebote hinzu.

Nachdem das Landratsamt Regensburg für den ChatBot ReLaX in der digitalen Bürgerkommunikation 2023 beim Digital Award der Fachmesse Kommunale ausgezeichnet wurde, fand im vergangenen Jahr eine technische wie inhaltliche Weiterentwicklung statt: ReLaX beantwortet Bürgeranfragen nun anhand von über 1.500 Datensätzen. An die KI-Technologie ChatGPT 4.0 angebunden, kann ReLaX auch komplexere Fragen beantworten und trägt maßgeblich zur Entlastung der Telefonhotline bei. 2024 nutzten über 28.000 Bürgerinnen und Bürger

den ChatBot und stellten ihm mehr als 62.000 Fragen. Davon wurden etwa 9.600 Fragen über WhatsApp an ReLaX adressiert, das sind etwa 15,5 Prozent. Dies zeigt, dass es unerlässlich ist, den Nutzern alle Informationen leicht zugänglich anzubieten.

Seit Oktober 2024 ergänzt ein VoiceBot, auf Basis des ChatBots, die digitale Bürgerkommunikation des Landkreises. Bürgerinnen und Bürger können außerhalb der Öffnungszeiten Anfragen direkt per Anruf stellen. Der VoiceBot wird ständig weiterentwickelt: So wurde im Januar 2025 das Active-Directory, die Telefonliste aller Verwaltungsmitarbeitenden, angebunden. Dadurch können sich Bürgerinnen und Bürger durch den VoiceBot nun auch direkt mit ihrem Ansprechpartner verbinden lassen.

Der Landkreis Regensburg ist selbstverständlich auch auf Social Media vertreten. Profile auf Facebook, Instagram, LinkedIn, TikTok, YouTube und WhatsApp informieren über aktuelle Ereignisse.

Claudine Tauscher ist Leiterin des Sachgebiets Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Landratsamt Regensburg.

Anzeige

Keine Zeit? Kein Problem. Mit **enaio® gpt** wird Ihre Stellungnahme innerhalb von Sekunden fertig.

Wir digitalisieren die Öffentliche Verwaltung.

Der Weg zu resilienter IT

Alexander Best

Die Stadt Heidelberg erweitert und modernisiert ihre IT-Infrastruktur kontinuierlich. Zentrales Element dabei ist die Speicher-Virtualisierung. Diese sorgt seit 25 Jahren dafür, dass alle Daten jederzeit verfügbar sind – ganz ohne Ausfälle.

Aktenberge, veraltete Systeme, langsame Prozesse – die öffentliche Verwaltung steht unter wachsendem Druck, sich den Herausforderungen der Digitalisierung zu stellen. Die Stadt Heidelberg stand Ende der 1990er-Jahre vor dieser Aufgabe. Wie können Daten zuverlässig gespeichert, verarbeitet und jederzeit verfügbar gemacht werden? Wie eine IT-Umgebung schaffen, die auch zukünftigen Anforderungen gerecht wird? Für Heidelberg lag die Antwort in der Einführung einer Speicher-Virtualisierungslösung. Heute zeigt sich der Erfolg dieser Weichenstellung: 100 Prozent Betriebszeit, eine hochmoderne IT-Infrastruktur und eine digital leistungsfähige Stadtverwaltung.

Vor der Umstellung bestand die IT-Landschaft aus verschiedenen Betriebssystemen und Plattformen. Sie sollte effizienter und zukunftsfähiger, die bestehende Hardware aber weitergenutzt werden. Die Verantwortlichen wünschten sich dabei mehr Flexibilität: IT-Ressourcen sollten sich dynamisch anpassen lassen. Statt isolierter Speicherbereiche sollte ein gemeinsamer Speicherpool entstehen. Ein reibungsloser IT-Betrieb und die Möglichkeit, das System zu erweitern, waren ebenfalls essenziell



Moderne IT hinter alten Mauern im Heidelberger Rathaus.

– schon vor der Jahrtausendwende war klar, dass die Datenmengen mit der Digitalisierung der Ämter ansteigen würden.

Schnell zeigte sich, dass das wichtigste Element der künftigen IT-Infrastruktur der Datenspeicher sein muss. Eine Evaluierung ergab, dass sich ein zentral verwalteter Speicher mit hoher Leistung (SAN) besser für verschiedene Anwendungen eignen würde als ein Netzwerkspeicher (NAS). Während ein NAS mit dem Netzwerk verbunden ist und auf Dateien zugreift, nutzt ein SAN ein eigenes Hochgeschwindigkeitsnetzwerk, um Speichergeräte wie Festplatten oder SSDs effizient mit Servern zu verbinden. Dies ermöglicht eine flexiblere und leistungstärkere Nutzung.

Die Heidelberger IT-Verantwortlichen holten verschiedene Angebote für SAN-Lösungen ein und entschieden sich schließlich für die Speicher-Virtualisierungslösung SANsymphony von DataCore. Das Produkt punktete mit der damals noch wenig verbreiteten transparenten Hochverfügbarkeit – eine Grundvoraussetzung für Ausfallsicherheit. Damit sollte in Heidelberg auch bei einem vollständigen Ausfall eines Speichers das Tagesgeschäft ohne Unterbrechung weitergehen. Patentierte Beschleunigungstechnologien des DataCore-Produkts sollten zudem mehr Leistung und Geschwindigkeit ermöglichen. Dank der Virtualisierung konnten vorhandene Speicherkapazitäten weitergenutzt werden, und zwar effizienter als

bisher. Gleichzeitig erfüllte SANsymphony den Wunsch nach einem Speicherpool, der sich im laufenden Betrieb anpassen lässt. Dieser Pool kann mehr Speicherplatz anzeigen, als physisch vorhanden ist – so lässt sich bei Bedarf zusätzlicher Speicher hinzufügen (Thin Provisioning).

Die Bedeutung dieser Anforderungen wird mit Blick auf die Organisationsstruktur und den Alltag in der öffentlichen Verwaltung deutlich. So ist jedes Amt für eigene Verwaltungsaufgaben zuständig, die spezifische Fachanwendungen und Datenbanken erfordern. Die digitale Bauverwaltung beispielsweise benötigt die Speicherung großer Mengen von Bauplänen, Geodaten und Anträgen, die jederzeit abrufbar sein sollen. Ähnlich verhält es sich in der Sozialverwaltung, wo zudem sensible personenbezogene Daten jahrelang sicher gespeichert und nachverfolgt werden müssen. Die Vernetzung verschiedener Fachverfahren ist eine weitere Herausforderung. All das erfordert eine Storage-Lösung, die den parallelen Zugriff auf große Datenmengen ermöglicht, jederzeit verfügbar und skalierbar ist und zudem unterschiedliche Zugriffsebenen und Sicherheitsanforderungen abbilden kann. In Heidelberg gibt es gegenwärtig über 30 Ämter, die eine Datenbereitstellung für mehrere hundert Fachanwendungen benötigen.

Begonnen hat die Stadt Heidelberg vor 25 Jahren mit zwei SANsymphony-Servern, an die vorhandene Speichersysteme angeschlossen wurden. Dieser Speicherpool umfasste anfangs etwas mehr als 100 Gigabyte (GB) Daten. Im Laufe der Jahre wuchs das Datenvolumen

auf rund 350 Terabyte (TB), also um mehr als das 3.000-fache. Dieses Wachstum und die Verfallszeit der Hardware erforderten mehrere Umzüge der IT-Infrastruktur – bis heute wurden fünf Generationen von Speichersystemen verschiedener Hersteller unterbrechungsfrei im laufenden Betrieb ausgetauscht. Aktuell plant die Stadt den Aufbau eines dritten Rechenzentrumsstandorts. „Unsere Entscheidung, SANsymphony zu nutzen, liegt bereits 25 Jahre zurück. Die damals einzigartigen Eigenschaften und einige neue Features sind auch heute noch von hoher Bedeutung für uns, was wir alle zwei Jahre kritisch überprüfen. Bisher konnte uns keine Alternativlösung technisch oder kaufmännisch von einem möglichen Wechsel überzeugen“, sagt Dirk

Siegmann, Sachgebietsleiter IT-Infrastruktur bei der Stadt Heidelberg.

Das Beispiel Heidelberg zeigt, dass die flexible Verwaltung großer Datenmengen möglich ist – ohne hohe Investitionen in Hardware. Wie die IT-Infrastruktur einer Kommune aussehen soll, ist jedoch individuell, was eine angepasste Planung und schrittweise Umsetzung erfordert. Kommunen sollten sich daher frühzeitig und gegebenenfalls mit Unterstützung von Fachleuten damit auseinandersetzen, wie sie ihre digitalen Datenstrukturen nachhaltig aufbauen, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Alexander Best ist Senior Director Product Management bei DataCore Software.

Anzeige



GovConnect
die IT-Spezialisten für Verwaltungen

pmOrdnungsManager

Die Lösung für Aufträge und Meldungen im Ordnungsdienst

Mit dem pmOrdnungsManager Aufträge und Meldungen im Kommunalen Ordnungsdienst schnell und bequem dokumentieren.

www.govconnect.de

Impulse setzen

Dieses Jahr fällt der Zukunftskongress Staat & Verwaltung in eine Zeit, in der sich die Politik mit dem Wechsel der Bundesregierung neu aufstellt. Indem er eine Reihe dringlicher Fragen adressiert, bietet er eine Plattform für die strategische Neuausrichtung.

Der Zukunftskongress Staat & Verwaltung findet dieses Jahr zu einer Zeit statt, in der die neu gewählte Bundesregierung mit dem Anspruch antritt, Veränderungen voranzutreiben. Mit der Schaffung eines eigenen Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung hat sie bewiesen, dass sie die Dringlichkeit der Verwaltungsdigitalisierung erkannt hat. Dessen Köpfe werden auf dem Kongress erwartet. Mehr denn je kann der vom 23. bis 25. Juni erneut im Berliner Westhafen (WECC) stattfindende Kongress in diesem Bereich Impulse setzen.

Wie der Initiator des Zukunftskongresses, Oliver Lorenz, bemerkt, hatten zwar bereits die Vorgängerregierungen die Verwaltungsdigitalisierung auf ihrer Agenda. Allerdings habe es bislang am Willen gefehlt, den hierfür erforderlichen Strukturwandel einzuleiten. Der Zukunftskongress bietet eine Plattform, auf der sich Bund, Länder und Kommunen ebenen-



Wegweise Media Conferences GmbH/Jens Jeske

Der Zukunftskongress findet dieses Jahr erneut im Berliner Westhafen statt.

übergreifend austauschen können. Die Gespräche im Rahmen der Veranstaltung sollen Veränderungen in diese Richtung bewirken. Dabei soll es nach Angaben von Oliver Lorenz weniger um ein Schaulaufen gehen als um einen konstruktiv-kritischen, offenen und ehrlichen Austausch. An diesem nehmen rund 2.000 Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Bund, Ländern und Kommunen so-

wie aus Wissenschaft, Gesellschaft und (Digital-)Wirtschaft teil.

Mit Themen wie Verwaltungs- und Regierungseffizienz, Künstliche Intelligenz, aber auch der Frage nach dem Verhältnis von Leistungsfähigkeit und Work-Life-Balance legt das Programm des Zukunftskongresses einen Schwerpunkt auf Herausforderungen, die auch die aktuelle Bundesregierung identifiziert hat. Wie aus den Statements zur Zukunft der Digitalpolitik hervorgeht (siehe Seite 48), beklagen die Kommunen und Länder, dass der Bund bisher zu wenig Handlungsanweisungen vorgegeben habe. Auch Oliver Lorenz betont, dass der Bund nun in der Pflicht

Zukunftskongress Staat & Verwaltung

Ort:	WECC – Westhafen Event & Convention Center
Termin:	23. bis 25. Juni 2025
Kongressbeginn:	10:00 Uhr
Gebühr:	Vertreter der öffentlichen Verwaltung zahlen für die drei Kongresstage 390 Euro, Vertreter aus öffentlichen Unternehmen 825 Euro, Vertreter aus der Wirtschaft 1.595 Euro.
Internet:	www.zukunftskongress.info

sei, Prioritäten zu setzen und eine klare Architektur vorzugeben, um schnellstmöglich zu handeln.

Der Aufbau des Zukunftskongresses liefert Anstöße zu einer solchen Architektur. Dem Programm liegen fünf Handlungsebenen zugrunde. Erstens geht es um Deutschland in Europa. Im Mittelpunkt stehen Staatsreformen, die Handlungsfähigkeit des Staates, solide öffentliche Haushalte sowie Effizienz in Regierung und Verwaltung. Dabei spielen auch Organisationsmodelle zur Verwaltungsmodernisierung eine zentrale Rolle. Zweitens liegt der Fokus auf sicheren (digitalen) Infrastrukturen und der öffentlichen IT-Landschaft. Dazu zählen die Harmonisierung und Standardisierung von IT-Systemen, die Modernisierung und Konsolidierung öffentlicher Rechenzentren, der Ausbau von Public Private Partnerships sowie Maßnahmen zur Stärkung der Cybersicherheit.

Drittens steht mit Change Maker I – Leadership die Rolle von Führung im Wandel im Vordergrund. Hier werden zukunftsfähige Organisationsmodelle, eine moderne Führungskultur und ein effektives Innovationsmanagement thematisiert. Der vierte Themenbereich, Change Maker II – Personal & Zukunftskompetenzen, widmet sich dem demografischen Wandel, der Qualifikation und Weiterbildung von Beschäftigten sowie der gezielten Personalentwicklung und Talentförderung. Change Maker III – Zukunftstechnologien behandelt als fünfter Themenkomplex den Einsatz von Cloudtechnologien, Künstlicher Intelligenz und weiteren disruptiven Innovationen zur Modernisierung der Verwaltung.

Zur inhaltlichen Vertiefung dieser Themen dienen über 120 Foren, Plenen, Werkstätten und Best-Practice-Dialoge. Referentinnen und Referenten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft gestalten die Debatten und diskutieren Lösungssätze. Zu den Highlights zählt unter anderem der CIO-Talk mit dem Titel „Vision oder Notwendigkeit? Der Weg zu einer harmonisierten Deutschlandarchitektur“, an dem unter anderem Niedersachsens CIO Horst Baier und der CIO von Sachsen-Anhalt, Bernd Schlömer, teilnehmen. Den ersten Abend wird eine Keynote mit dem ehemaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück beschließen. Darin wird es um die Rolle des neuen Digitalministeriums sowie die Neuaufstellung des Staates gehen. Den Kongress beschließen wird die Keynote von Mario Voigt, Ministerpräsident des Freistaats Thüringen. Die Abschlussveranstaltung wirft die Frage auf, wie ein leistungsfähiger, transparenter und handlungstarker Staat das Vertrauen in die Demokratie sichern kann.

Nicht zuletzt bietet der Zukunftskongress mit seinen Ausstellungsflächen die Möglichkeit des Dialogs zwischen Staat und Verwaltung einerseits sowie Wirtschaft andererseits. Während die Tech-Industrie mit ihren immer neuen Innovationszyklen auf Disruption setzt, stehen Staat und Verwaltung oft vor der Herausforderung, hier Schritt zu halten und auf die Neuerungen zu reagieren. Der Ausstellungsbereich bietet die Gelegenheit, sich über neue Entwicklungen zu informieren.

Thomas Nolte

+++ Veranstaltungen +++

24. Juni | 12:15 - 13:00

Best-Practice-Dialog II.C2

„Kooperation der IT-Dienstleister in Hessen: Einblicke von HZD und ekom21“

Moderation: Sarah Kautzmann (ekom21)

Impulse und Debatte: Matthias Drexelius

(ekom21 GmbH/ekom21 – KGRZ Hessen)

In Zusammenarbeit mit: ekom21 und Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)

24. Juni | 15:15 - 16:00

Best-Practice-Dialog II.D6

„Registermodernisierung in der Praxis: Erfolge und Erkenntnisse durch Erprobungsprojekte und Usecases“

Moderation: Stefan Rauner (Governikus)

Impulse und Debatte: Michael Pflieger (FIT-KO), Johannes Söpfer (Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen), Martina Steinicke (Innenministerium Baden-Württemberg), Patrick Weinmann (Bayerisches Staatsministerium für Digitales)

In Zusammenarbeit mit: Gesamtprojekt Registermodernisierung

24. Juni | 12:15 - 12:35

Arena II.D

„Digitale Souveränität – GISA Best Practices im Kontext IaaS, PaaS, SaaS“

Speaker: Steffen Köhler (GISA), René Petters (GISA)

In Zusammenarbeit mit: GISA

25. Juni | 11:00 - 12:00

ZuKo-KI-Forum III.I.4

„KI-gestützte Automatisierung in der Verwaltung: Fortschritte, Anwendungen und gemeinsame Erfahrungen“

Moderation: Dr. Gregor Költzsch (init)

Impulse und Debatte: Dr. Annika Busse (Senatskanzlei Hamburg, Amt für IT und Digitalisierung), Dr. Alexander Gorski (Generalzolldirektion), Michaela Jungwirth (Accenture), Martin von Simson (Bundesministerium des Innern), Matthias Szymansky (Materna Information & Communications SE), Dr. Michael Tekieli (DRV Bund)

24. Juni | 9:00 - 9:45

Best-Practice-Dialog II.A2

„Semantische Interoperabilität - Erfolgsrezept für föderale Verwaltungsdigitalisierung?“

Speaker: Julian Bayer (Seitenbau), Thomas Tursics (FITKO)

In Zusammenarbeit mit: Seitenbau

23. Juni | 11:20 - 11:40

Arena I.B

„Wie Sie mit der PICTURE Prozessplattform Digitalisierungsprojekte planbar zum Erfolg führen“

Speaker: Dr. Lars Algermissen (Picture)

In Zusammenarbeit mit: Picture

24. Juni | 12:15 - 13:00

Best-Practice-Dialog II.C5

„Weglassen – Vereinfachen – Automatisieren: Wie Sie mit Prozessmanagement den Modernisierungsturno einlegen und Handlungsspielräume zurückgewinnen“

Speaker: Dr. Lars Algermissen (Picture)

In Zusammenarbeit mit: Picture

Schluss mit dem Flickenteppich

Digitalisierung entscheidet über die Zukunftsfähigkeit – doch Kommunen stehen oft allein mit veralteter Infrastruktur und unklaren Zuständigkeiten. Gefragt sind jetzt eine echte Partnerschaft mit dem Bund, klare Standards und eine nachhaltige Finanzierung.

Digitalisierung ist kein Thema für Sonntagsreden, sondern der entscheidende Standortfaktor der Zukunft. Kommunen kämpfen noch viel zu oft mit veralteter und unübersichtlicher Infrastruktur, unausgereiften Förderprogrammen und nicht digitalisierungstauglichen gesetzlichen Regelungen. Es reicht nicht aus, Milliardenchecks an die Länder für EfA-Leistungen zu verteilen, die keine sind, und Pilotprojekte zu bejubeln. Was Kommunen brauchen, ist eine echte digitale Partnerschaft auf Augenhöhe, auch mit Bundesmitteln für standardisierte und einheitliche Fachverfahren, Schnittstellen und Basiskomponenten.

Jahrelang wurde die Digitalisierung verschlafen, Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern hin- und hergeschoben und Formular-E-Government betrieben. Das Ergebnis ist ein Flickenteppich digitaler Inseln, der im internationalen Vergleich bestenfalls Mittelmaß ist. Die Kommunen, welche die Digitalisierung vor Ort umsetzen müssen, wurden sträflich vernachlässigt. Förderdschungel, komplizierte Antragsverfahren, mangelnde Koordination und fehlende Steuerung haben wertvolle Zeit und Ressourcen gekostet.

Die neue Bundesregierung muss begreifen: Digitalisierung geht nur gemeinsam. Wir brauchen klare Zuständigkeiten, zentral bereitgestellte IT-Services und Fachverfahren für Bundesaufgaben, die eine schnelle Skalierung ermöglichen, sowie schlanke Prozesse. Entscheidend ist eine durchgängige Prozessgestaltung inklusive Once Only und dafür eine nachhaltige Finanzierung durch den Bund im Bereich der Bundesaufgaben. Statt kleinteiliger Projekte bedarf es einer bundesweiten Digitalstrategie, welche die Kommunen als zentrale Akteure einbezieht und berücksichtigt.

Das heißt:

- Investitionen in die digitale Infrastruktur, vom Fachverfahren über die Online-Infrastruktur bis zur Informationssicherheit.
- Bürokratieabbau und künftig nur noch digitaltaugliche Gesetze.
- Förderung der digitalen Kompetenz der Beschäftigten.
- Schaffung einer breiten Infrastruktur in der Bevölkerung für die Nutzung von Onlineservices durch die automatisierte Bereitstellung eines Nutzerkontos (DeutschlandID inklusive zentralem Bürgerpostfach) etwa durch automatische Einrichtung bei der Beantragung aller hoheitlichen Dokumente.



Marc Groß

- Marketing für alle Onlineservices inklusive Nutzungsanreize für die Bevölkerung.
- Verbindliche Standards und Rahmenbedingungen für alle Verwaltungsebenen, die einen effizienten Einsatz von Automatisierung und KI ermöglichen.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung enthält hierzu insgesamt bereits gute Ansätze. Allerdings bedarf es nun einer wesentlich intensiveren Beteiligung und Mitwirkung der Verwaltungsexpertinnen und -experten aus den Kommunen.

Marc Groß ist Programmbereichsleiter bei der KGSt, die mit mehreren Formaten und Beiträgen am Zukunftskongress beteiligt ist.

KGSt/CC BY-NC 3.0 DE

Hamburg

Klare Verantwortlichkeiten

Die Bundesregierung muss die Digitalisierung strategisch als Querschnittsaufgabe mit klaren Zuständigkeiten, verbindlicher Finanzierung und Fokus auf bürgerfreundliche Prozesse und Cybersicherheit umsetzen.

Die neue Bundesregierung steht vor der Aufgabe, Deutschlands

digitale Transformation strategisch und koordiniert voranzutreiben. Entscheidend wird sein, mit klaren Verantwortlichkeiten die Digitalisierung als Querschnittsaufgabe zu etablieren und eine verbindliche Finanzierung zu sichern. Schwerpunkte sollten unter anderem die effiziente und bürgerfreundliche Gestaltung von Verwaltungs-

prozessen und Investitionen in Cybersicherheit sein.

Christian Pfromm, CDO der Freien und Hansestadt Hamburg, partizipiert an der Keynote des Zukunftskongresses auf der Main Stage.



Senatskanzlei/Claudia Höhne

Sachsen-Anhalt

Der Ball liegt beim Bund

Verwaltungsdigitalisierung gelingt nur, wenn der Bund Verantwortung übernimmt, vorhandene Lösungen zur Nachnutzung bereitstellt und Länder sowie Kommunen konsequent vernetzt und unterstützt.

Ich möchte mich nicht in weiteren „Wir müssen endlich loslegen“-Floskeln verlieren. In vielen Behörden wird längst engagiert an der Verwaltungsdigitalisierung gearbeitet – diese Aktivitäten gilt es zu bündeln, zu skalieren und intelligenter zu

vernetzen. Der Bund muss dabei Verantwortung übernehmen und Lösungen bereitstellen, die von Ländern und Kommunen nachgenutzt werden können. Nur so vermeiden wir teure Parallelentwicklungen und schaffen einheitliche, funktionierende digitale Angebote. Länder und Kommunen sind zentrale Akteure bei der Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung. In Sachsen-Anhalt forcieren wir deshalb die Konsolidierung und zentrale Bereitstellung von Lösungen: Was einmal gut funktioniert, wird weiterverwendet.

Der Bund sollte diesen Weg unterstützen. Am Ende geht es um Vertrauen in einen modernen, handlungsfähigen Staat. Und dieses Vertrauen schaffen wir nur, wenn digitale Lösungen zuverlässig funktionieren und einfach zugänglich sind.

Bernd Schlömer, CIO des Landes Sachsen-Anhalt, nimmt am CIO-Talk des Zukunftskongresses teil.



Benjamin Diederich

Anzeige



**Folgen Sie
Kommune21
auf LinkedIn:**

[linkedin.com/company/kommune21](https://www.linkedin.com/company/kommune21)

www.kommune21.de

Capgemini | Stand 0.33

Change Maker

Capgemini unterstützt Verwaltungen weltweit bei der digitalen Neuausrichtung. Mit einem breit aufgestellten Portfolio in den Bereichen Cloud, KI, Datenanalyse und Plattformlösungen begleitet das Unternehmen laut eigener Auskunft komplexe Modernisierungsprojekte. Das Beratungsunternehmen bringt seine internationale Erfahrung und technologische Expertise auch in mehreren Fachbeiträgen ein.

www.capgemini.com/de-de

tts | Stand 1.116

Akzeptanz stärken

tts verfolgt laut eigenen Angaben einen ganzheitlichen Ansatz zur digitalen Transformation von Organisationen. Mit Lösungen für Corporate Learning, digitale Personalprozesse und Echtzeitunterstützung durch eine Digital Adoption Platform unterstützt das Unternehmen Mitarbeitende im Umgang mit komplexen IT-Anwendungen. Ziel ist es, die Akzeptanz neuer Technologien im Alltag zu stärken.

www.tt-s.com/de

anacision | Stand 1.115

KI mit Augenmaß

Das Unternehmen anacision zeigt, wie KI-Technologien gezielt und verantwortungsvoll im öffentlichen Sektor eingesetzt werden können. Der Fokus liegt dabei auf Anwendungen im Bereich der Sozialversicherung. Anhand eines Best-Practice-Vortrags wird diskutiert, warum generative KI wie ChatGPT nicht als Allzwecklösung betrachtet werden sollte. Der Anbieter lädt darüber hinaus zum fachlichen Austausch über smarte, KI-gestützte Lösungen ein.

www.anacision.de

GISA | Stand 1.114

Digital souverän werden

Der IT-Dienstleister GISA stellt beim Zukunftskongress konkrete Ansätze zur Stärkung der digitalen Souveränität in der öffentlichen Verwaltung vor. Im Mittelpunkt steht der Einsatz von Infrastructure, Platform und Software as a Service, der anhand realer Anwendungsfälle erläutert wird. Thema-

tisiert werden unter anderem der sichere Betrieb von Kubernetes-Plattformen in der GISA Private Cloud sowie IT-Security-Konzepte mithilfe eines Security Operation Centers und Open-Source-Lösungen. GISA zeigt damit laut eigener Auskunft, wie Verwaltungen technisch unabhängiger und sicherer arbeiten können.

www.gisa.de

Dataport | Stand 1.337–1.338

IT-Services für Verwaltungen

Als zentraler IT-Dienstleister für mehrere norddeutsche Bundesländer unterstützt Dataport laut eigener Auskunft öffentliche Verwaltungen in allen Phasen der Digitalisierung – von der Bereitstellung sicherer Infrastrukturen über Softwareentwicklung bis hin zu Schulungen und Beratung. Dataport bietet ein umfassendes Leistungsspektrum, das auf die spezifischen Anforderungen des öffentlichen Sektors ausgerichtet ist.

www.dataport.de

Picture | Stand 1.224

Hebel für Modernisierung

Picture setzt auf fundiertes Prozessmanagement, um kommunale Verwaltungen bei ihrer digitalen Transformation zu unterstützen. Mit praxiserprobten Methoden und eigens entwickelten Softwarelösungen wie der Picture-Prozessplattform und dem KI-basierten Stellenbewertungstool Kasaia begleitet das Unternehmen Veränderungsprozesse. Im Fokus stehen transparente Abläufe, vereinfachte Strukturen und eine gesteigerte Handlungsfähigkeit der Organisationen. Das Unternehmen bringt hierzu mehrere Fachbeiträge in das Kongressprogramm ein.

www.picture-gmbh.de

Materna | Stand 1.32

Ganzheitlich digitalisieren

Materna begleitet Behörden auf allen föderalen Ebenen bei der Umsetzung digitaler Verwaltungsprozesse. Das Leistungsportfolio umfasst unter anderem Portal- und Content-Management, elektronische Akten, Formularservices sowie IT-gestützte Lösungen für Personalmanagement und Registermodernisierung. Im Rahmen des Kongresses beleuchtet Materna das Thema Business Continuity als Führungsaufgabe in der öffentlichen Verwaltung und stellt Lösungsansätze zur Aufrechterhaltung des Betriebs vor.

www.materna.de

Accenture | Stand 1.340–1.341

Praxisorientierte Perspektive

Accenture zeigt auf dem Kongress, wie neue Technologien für die Verwaltungsmodernisierung nutzbar gemacht werden können. In mehreren Fachforen werden Projekte vorgestellt, die unter anderem urbane Digitalisierung und den souveränen Betrieb von Microsoft-Arbeitsplätzen in der Cloud thematisieren. Der globale Beratungskonzern will damit praxisorientierte Perspektiven in die Diskussion um die Verwaltungsdigitalisierung einbringen.

www.accenture.com

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government / Personalwesen / IT-Dienstleistung 51
- Friedhof / Spezial-Software / E-Procurement /
E-Partizipation 52
- Dokumenten-Management / Consulting 53
- CMS | Portale / Finanzwesen / OZG-Lösungen /
Geodaten-Management / Breitband / Apps / RIS 54
- IT-Security / Schul-IT / E-Formulare / Komplettlösungen 55
- Komplettlösungen 56-57

Anzeige

D-0	 TSA Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.	E-Government
D-0	 brain-SCC	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH ist ein führender und TÜV-zertifizierter IT- und Mediendienstleister mit Sitz in der Dom- und Hochschulstadt Merseburg. Das Unternehmen hat sich auf zwei innovative Produkte für den öffentlichen Sektor spezialisiert, welche zu dessen Unterstützung beitragen: die Digitale Baugenehmigung sowie den VOIS-Vorgangsraum.	
D-2	 GOVERNIKUS	Governikus GmbH & Co. KG Ansprechpartnerin: Silke Heitmann Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de	Gemeinsam vom digitalen Wandel zum digitalen Vorsprung: Mit IT-Lösungen, die das Leben der Menschen sicherer und einfacher machen. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten zur Authentizitäts- und Integritätssicherung stehen hierbei im Vordergrund.	
D-2	 MACH Verwaltung macht Zukunft	MACH AG Wielandstr. 14 D-23558 Lüneburg Telefon: +49 (0) 451 / 706470 E-Mail: mailbox@mach.de Internet: www.mach.de	Für Kommunen und öffentliche Betriebe bietet MACH passgenaue Software für Finanz- und Prozessmanagement. Dazu zählen Online-Formulare, Antragsmanagement, Bau- und Betriebshof, Friedhofsmanagement, Denkmalpflege, Brandschau, Umweltschutz und Liegenschaften. Bundesweit nutzen über 4.000 kommunale Kunden Lösungen von MACH.	Personalwesen
D-4	 ITEBO Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die Verwaltung übernimmt digitale Verantwortung für Prozesse, Daten und IT-Systeme. Wir stehen als strategischer Partner für die Digitalisierung der Verwaltung an Ihrer Seite – als Softwarehaus, Beratungshaus und mit unserem ISO 27001 zertifiziertem Rechenzentrum inkl. durchgängig verfügbarer und redundant ausgelegter Infrastrukturen für den IT-Betrieb.	
D-7	 cit	cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 7021 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 7021 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, EfA-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.	
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	IT-Dienstleistung
D-6	 tts	tts GmbH Schneidmühlstraße 19 D-69115 Heidelberg Telefon: +49 (0) 6221 89469-0 Fax: +49 (0) 6221 89469-79 E-Mail: info@tt-s.com Internet: www.tt-s.com	Seit 1998 unterstützt tts öffentliche Organisationen mit maßgeschneiderten Qualifizierungen bei der Realisierung ihrer Digitalisierungsziele. Zusätzlich bieten wir mit der tts performance suite eine Software, die Ihre Anwender:innen sowohl bei der Nutzung von IT-Fachverfahren als auch bei neuen Prozessen unterstützt.	

D-4		HADES Software GmbH Ansprechpartner: Herr Gerrit Anlauf Jacksonring 15 D-48429 Rheine Telefon: +49 (0) 5971 9871-0 E-Mail: info@hades-software.de Internet: www.hades-software.de	Die HADES Software GmbH ist marktführendes Unternehmen für Friedhofsverwaltungsverfahren und betreut mittlerweile mehr als 4.000 Anwenderinnen und Anwender in Friedhofsverwaltungen jeder Größe. Mit innovativen Lösungen werden stets neue Maßstäbe gesetzt und so die Digitalisierung moderner Verwaltungen effektiv unterstützt.	Friedhof
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.	Spezial-Software
D-7		AIDA ORGA GmbH Otto-Lilienthal-Straße 36 D-71034 Böblingen Telefon: +49 (0) 7031 / 30460-0 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.	
D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NFK: Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten, integriertes Bau- und Kostenmanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen. Arbeiten in der Cloud mit AVA4CLOUD.	
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 566 1222 Fax: +49 (0) 361 / 566 1223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.	
D-1		DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Unter den Linden 24 D-10117 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5		subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7		TEK-SERVICE AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-SERVICE AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierende Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	
D-3		leanact GmbH Rebenring 33 D-38106 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 22436214 Fax: +49 (0) 531 / 42878895 E-Mail: info@leanact.de Internet: www.leanact.de	Mehr Zeitersparnis bei der Bearbeitung von Bürgeranliegen! Unser Anliegenmanagement MeldooPLUS ermöglicht Kommunalverwaltungen die zeitschonende Bearbeitung von Bürgeranliegen. Über 95 Verwaltungen bundesweit nutzen bereits die Module Mängelmelder, allgemeine Anliegen und Bürgerbeteiligung für eine innovative Bürgerinteraktion.	E-Partizipation
D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Bürgerbeteiligung von A bis Z, digital und vor Ort: Als Full-Service-Anbieter beraten und begleiten wir Kommunen und Landkreise bei Beteiligungsvorhaben und beim Anliegenmanagement. Unsere digitalen Lösungen sind bei über 130 Kommunen erfolgreich im Einsatz, u.a. in München, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.	

D-3	 OPTIMAL SYSTEMS A KYOCERA GROUP COMPANY	OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 CEYONIQ Technology A KYOCERA GROUP COMPANY	Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Robert Wänder Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: info@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Die Ceyoniq Technology GmbH ist innovativer Partner der öffentlichen Verwaltung für intelligentes Informationsmanagement. Die flexible E-Akte-Lösung nscale eGov ist genau an die Anforderungen der digitalen Verwaltung angepasst. Sie gibt den Pulsschlag des abteilungsübergreifenden Informationsflusses vor und führt Länder und Kommunen ins digitale Zeitalter.
D-4	 smart Documents	SmartDocuments Deutschland GmbH Ansprechpartner: Sven Buick Erkrather Str. 40 I D-40231 Düsseldorf Telefon: +49 (0) 228 / 37728810 E-Mail: info@smartdocuments.de Internet: www.smartdocuments.de	Raus aus dem Vorlagendschunel! SmartDocuments ist eine Softwarelösung, welche die Erstellung von Dokumenten und Vorlagen automatisiert und somit Ihre zentrale Vorlagenverwaltung massiv erleichtert. SmartDocuments ist eine flexible und skalierbare Lösung, die sich an Ihre individuellen Anforderungen und IT-Architektur anpasst.
D-4	 MATERNA	Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Robert-Schuman-Straße 20 D-44263 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-98 92 E-Mail: Andrea.Siwiek-Schmidt@materna.group Internet: www.materna.de	Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratungsangebote und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen und die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit. Darüber hinaus realisiert Materna innovative IT-Lösungen.
D-4	 d.velop	d.velop AG Schildarpstraße 6-8 D-48712 Gescher Telefon: +49 (0) 59 31/93 98 -0 E-Mail: info@d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector	d.velop als innovativer Lösungsanbieter im ECM-Umfeld ist unter anderem seit über 20 Jahren auf die Branchen der öffentlichen Verwaltung sowie Hochschulen und Universitäten spezialisiert. Die Software-Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.
D-6	 Lorenz ORGA-SYSTEME	LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-7	 regisafe GmbH	regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-7	 QNG	GELAS GmbH Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-70 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de	Questys und nunmehr die neue Produktgeneration Questys Next Generation – kurz QNG – ist heute eines der führend eingesetzten ECM-Systeme für das Dokumentenmanagement und die Archivierung in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Cyber-Security-Strategie wird QNG heute mit WORM-Technologie eingesetzt.
D-9	 PDV GmbH	PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.
D-4	 bpc best practice consulting	best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.

D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.	CMS Portale
D-2		xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Daniel Petersen Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 173 / 7208949 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für öffentliche Auftraggeber eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der Kommunalmas-ter Finanzen. Es können alle Rechnungsformate wie Papier, PDF, XRechnung, ZUGFeRD, etc. verarbeitet werden.	Finanzwesen
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	VOIS FIWE ist das exklusiv von ab-data für die marktführende IT-Plattform VOIS entwickelte Finanzwesen. Dessen HKR/-Doppik- und Steuerverfahren machen bestehende VOIS-Bürgerservices wie MESO und GESO zum fachamtsübergreifenden Baukastensystem: digital, integriert, skalierbar, standardisiert, medienbruchfrei und maximal wirtschaftlich.	
D-7		SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 7531 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 7531 / 3 65 98-11 E-Mail: info@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU bietet Beratung, Konzeption und Entwicklung hochwertiger Individualsoftware im öffentlichen und privaten Sektor mit den Schwerpunkten OZG-Umsetzung, Registermodernisierung, Serviceplattformen und Social Intranet. Gemeinsam mit unseren Kunden bauen wir die digitale Verwaltung in Deutschland.	OZG-Lösungen
D-4		GIS Consult GmbH Schultenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4		con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	Mit GeoIT von con terra in die digitale Zukunft: Von anwen-dungszentrierten Apps über Informationsportale bis zum digi-talen Zwilling. Unsere Stärke: maßgeschneiderte, wirtschaftliche und voll integrierte Lösungen, die Ihre Anforderungen erfüllen. Unser ganzheitlicher Full-Service-Ansatz garantiert nachhaltige GeoIT-Lösungen.	
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-1		Smart Village Solutions SYS GmbH Ansprechpartner: Herr Philipp Wilimzig Klein Glien 25 D-14806 Bad Belzig Telefon: +49 (0) 33841 / 63969-0 E-Mail: anfrage@smart-village.app Internet: https://smart-village.app	Per Pushnachricht mit Bürger:innen kommunizieren: Unser ausgezeichnete Open-Source-App-Baukasten „Smart Village App“ unterstützt Kommunen und Landkreise bei der Entwick-lung und dem Betrieb eigener Apps. Mit über 35 funktionalen Modulen und vielen Schnittstellen ermöglichen wir eine schnelle Erstellung individueller Apps.	Apps
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP ist ein weltweit führender Softwarehersteller für VPN-Lösungen, die sich in moderne Konzepte flexibel integrieren lassen und diese perfekt ergänzen. Kunden aus allen Branchen setzen auf die Lösungen „Made in Germany“. Zum Portfolio ge-hören auch vom BSI zugelassene Lösungen für mobiles Arbeiten nach der Geheimhaltungsstufe „VS-NfD“.	IT-Security
D-9		beyond SSL GmbH Ansprechpartner: Siegfried Plommer Braunslingenweg 19 D-90619 Trautskirchen Telefon: +49 (0) 911 / 495 229 35 E-Mail: info@beyondssl.com Internet: www.beyondssl.com	Hochsicherer Fernzugriff für kritische Infrastrukturen (KRITIS) und mobiles Arbeiten sowie die sichere Verwaltung von sensiblen Daten lassen sich mit Lösungen von beyond SSL effizient und kostengünstig umsetzen. Ohne den Einsatz komplexer VPN-Strukturen und natürlich vollständig DSGVO-konform. Ihre Daten – Ihre Regeln!	

D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS
D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Die H+H Software GmbH bietet Schulträgern und Schulen individuelle Softwarelösungen und IT-Dienstleistungen für die Schuldigitalisierung an. Mit NetMan for Schools erhalten Schulen eine IT-Gesamtlösung für Infrastruktur, Unterrichtsgestaltung und Organisation. NetMan ist für den Einsatz im pädagogischen Schulnetz sowie im Schulverwaltungsnetz geeignet.	Schul-IT
D-8		co.Tec GmbH Traberhofstraße 12 D-83026 Rosenheim Telefon: +49 (0) 8031 / 2635-0 E-Mail: e-shop@cotec.de Internet: www.cotec.de	Seit 30 Jahren unterstützen wir Sachaufwandsträger, Behörden, Bildungseinrichtungen, Lehrende und Lernende auf dem Weg zur digitalen Schule. Unsere Schwerpunkte sind: Hardware, Software, Service, Ausschreibungen, Medienentwicklungspläne, Medienkonzepte u.v.m.. Ergänzend dazu: unser Partnernetzwerk mit zahlreichen EDU-Lösungen.	
D-7		S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 782-0 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH (S-MS) ist ein Unternehmen aus der DSV-Gruppe und Partner für Business-Lösungen des öffentlichen Sektors. Sie unterstützt Verwaltungen mit modernen E-Government-Lösungen und bietet bürgerorientierte Prozesse von Online-Terminvergabe über Besucherstrom-Management bis zu digitalen Antragsverfahren.	E-Formulare
D-7		Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dg@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Mit KoFos und WebAmt unterstützen wir Verwaltungen, den digitalen Wandel zu vollziehen. KoFoS ist ein Formularmanagementsystem, das eGovernment auf Basis unserer Formulare und Signaturen bietet. Über WebAmt können den Kommunen und Unternehmen Formulare und Assistenten als ASP-Anbieter zur Verfügung gestellt werden.	
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als Cloud Service-Provider und -Integrator oder mit der souveränen Cloud bietet GISA umfassende IT-Lösungen für den öffentlichen Sektor: Ob Finanz- und Haushaltsmanagement mit S/4 HANA, IT-Security, Open Source-Lösungen wie die Smart City Plattform oder KI-Themen - wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	
D-11		Telecomputer GmbH Wilhelm-Kabus-Straße 9 D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: https://telecomputer.de	Telecomputer ist Ihr Komplett-Dienstleister für Software und IT-Projekte im Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen und einer der Marktführer in diesem Bereich. Wir bieten flexible, zuverlässige IT-Lösungen und OZG-konforme Online-Dienste mit einem hohen Grad an Integration und Interoperabilität – für eine moderne, schnelle und zukunftssichere Sachbearbeitung.	
D-2		CC e-gov GmbH Gotenstraße 10 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 22 71 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 22 71 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	Die CC e-gov GmbH entwickelt digitale Lösungen für die öffentliche Verwaltung. Zu den Produkten zählen ALLRIS, ein Ratsinformationssystem, und CC ECM für Dokumentenmanagement. In ALLRIS unterstützt eine KI-gestützte Protokollierung die Arbeit in der Gremienverwaltung.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-2		Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 50 Jahren!
D-3		GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Hund & Halter sowie OZG-konforme Online-Dienste.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4		PROSOZ Hertzen GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Hertzen Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	Prosoz hat sich in den zurückliegenden 35 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4		JCC Software GmbH Mendelstraße 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 980-1470 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Weniger warten, mehr erledigen! JCC Software hilft Ihnen dabei Ihre Verwaltungsprozesse zu digitalisieren: Von der Terminvergabe über die Personalplanung bis zur Besuchersteuerung und Zahlungsverarbeitung. Seit über 30 Jahren entwickeln wir unsere Software mit Kommunen für Kommunen. Jetzt kostenlose Vorführung vereinbaren: hallo.jccsoftware.de/k21-demo
D-5		Nagarro Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf Campusplatz 2 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189200 E-Mail: PublicSector.NES@nagarro.com Internet: www.nagarro.com/de/services/erp/sap/german-public-sector	Suite4Public: ganzheitliches kommunales Finanzwesen auf Basis von SAP. Fachverfahren für die Veranlagung von Steuern und Abgaben und Vollstreckung (Suite4KA) sowie template-basierte SAP-Implementierungen (Suite4Doppik auf Basis SAP PSCD, Haushaltsplanung mit SAC und Haushaltsplandruck).
D-5		regio iT GmbH Lombardenstraße 24 52070 Aachen Telefon: +49 (0) 241 / 41359-0 E-Mail: vertrieb@regioit.de Internet: www.regioit.de	Digitaler Wandel: Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen bietet die regio iT GmbH öffentlichen Auftraggebern wie Kommunen, Schulen, Energieversorgern und Entsorgern ein umfangreiches Produkt- und Serviceportfolio – qualitätsgesichert und dreifach nach international gültigen Standards zertifiziert.
D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Str. 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 2635 / 9224-0 Fax: +49 (0) 2635 / 9224-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	KASSENVERFAHREN TopCash - zentral/dezentral: per Maus- & Touch, Gebühren, Leistungen + Artikel, §2b UStG + TSE, DGUV I 15-005, EC-Terminals. GEWERBEREGISTER GEVE4 & geve5, CLOUD. Gewerbe-anzeige online > Register > elektr. Auskunft. Erlaubniswesen, ProstSchG; für Kreise & Gemeinden.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 2303 / 254700 Fax: +49 (0) 2303 / 40049 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.

Komplettlösungen

Anzeige

D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Locaboo GmbH Ansprechpartner: Tim McNeill Balanstr. 73 Haus 12 D-81541 München Telefon: +49 (0) 89 21 54 70 960 E-Mail: sales@locaboo.com Internet: www.locaboo.com	Locaboo ist die führende, KI-gestützte Softwarelösung für Städte, Gemeinden und Kommunen zur Verwaltung von Sportstätten, Bürgerhäusern, Kulturzentren und Veranstaltungsflächen. Der gesamte Prozess – von der Buchungsanfrage über die Kommunikation bis zur Abrechnung – wird vollständig digitalisiert und transparent abgebildet.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Hanne Kathrin Müller Hörvelsinger Weg 21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-637 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: hanne-kathrin.mueller@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Seit mehr als 35 Jahren ist Axians Infoma führender Partner von Kommunen und deren Betriebe, Rechenzentren und kirchlichen Institutionen. Die webbasierte Lösung Infoma für Finanzwesen, Liegenschafts- und Gebäudemanagement, Kommunale Betriebe ermöglicht durchgängig digitale Prozesse – auf dem Kunden-server, im RZ gehostet oder in der Cloud.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Alexander Mathiowetz Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Komplettlösungen

Anzeige

Das Digital-Abo von Kommune21

Interaktives Heft-PDF und ePaper

Jetzt die Zusatzvorteile sichern: Jede Ausgabe von Kommune21 als Heft-PDF und ePaper in Ihrem Intranet!



Umfassend informiert: Heft-PDF und ePaper im Abo.

kommune21.de/abo

Vorschau

Die nächste Ausgabe (7/2025) erscheint am 30.06.2025

Bonnie Bartusch



Lieber einfach statt kompliziert

Die Registermodernisierung ist zu aufwendig, technisch überkomplex und in der Umsetzung zu anspruchsvoll, sagt Marc Behrens, Software- und IT-Systemarchitekt bei der KDO. Er plädiert dafür, stattdessen auf die BundID zu setzen.

zchris22/stock.adobe.com



Zentrale Datendrehscheibe

Smart-City-Lösungen benötigen eine fundierte Datenbasis, um zum Beispiel eine vorausschauende Steuerung zu ermöglichen. Für deren Bereitstellung bieten sich urbane Datenplattformen an. Was bei der Auswahl und Einführung zu beachten ist.

Photo5G/stock.adobe.com



IT-Schwerpunkte im Juli

Das niederländische Unternehmen JCC Software ist seit fünf Jahren in Deutschland aktiv. Über das Jubiläum berichtet Geschäftsführer Dennis Habers. Weitere Themen in der Informationstechnik sind Wissens- und Dokumentenmanagement sowie E-Voting.

justjupiter/stock.adobe.com



Mehr Teilhabe

Digitale Formate versprechen Bürgerinnen und Bürgern neue Zugänge zu politischer Teilhabe. Aktuelle Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis beleuchten Potenziale, Herausforderungen und Grenzen der E-Partizipation.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

AKDB	2	ITEBO	31	Prosoz Herten	33
Axians Infoma	9	K2I media	49, 57	Stay Informed	35
brain-SCC	41	Kommunix	27, 29	Tobit Laboratories	5
ekom21	60	LANCOM Systems	15	Trinuts	36
G&W Software	19	LITTLE BIRD	7	tts	21
GELAS	3	MACH	13		
GovConnect	45	NOLIS	59		
Governikus	23	Optimal Systems	43	Branchenindex IT-Guide	51 - 57

Impressum

Verlag und Herausgeber: K2I media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
+49 (0) 70 71 / 855 - 6770
+49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k2i.media.de
Internet: www.k2i.media.de

Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k2i.media.de
Internet: www.k2i.media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
redaktion@kommune21.de

E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun
Thomas Nolte
Dr. Helmut Merschmann (Autor)
Sibylle Mühle (Freie Mitarbeiterin)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
+49 (0) 70 71 / 855-2787
marketing@k2i.media.de

Seit dem 1.1.2025 gilt die Preisliste Nr. 25 der Media Information 2025.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Titelbild, Seite 4: Tam5/stock.adobe.com

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Hinweise:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommenen und veröffentlichten Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2025 K2I media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Kita-Platzvergabe leicht gemacht



Digitale Kita-Platzvergabe

Die trägerübergreifende Voranmeldung ermöglicht Kommunen, Trägern und Kitas eine effiziente Platzvergabe. Mit zahlreichen benutzerfreundlichen Funktionen vereinfacht NOLIS | Kita-Platz dabei den gesamten Vergabeprozess.

Tipp

Das Kita-Portal

**Eltern-Login
mit BundID**

Mit dem Kita-Portal finden Eltern schnell und unkompliziert passende Betreuungsangebote in ihrer Kommune. Die Voranmeldung wird anschließend in wenigen Schritten online ausgefüllt und abgeschickt.



NOLIS | Kita-Platz

- **Übersichtlich:** Alle Einrichtungen auf einen Blick
- **Praktisch:** Online-Voranmeldung für Wunsch-Kitas
- **Effizient:** Zentrale Vergabe von Betreuungsplätzen

**Fachkunde-
erhalt nach DSGVO
& BDSG sichern!**

13. Kommunaler Datenschutztag

Am 24. September 2025 im Congress Park Hanau

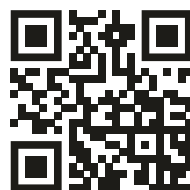
KI und Datenschutz – Ein Widerspruch oder eine Frage der richtigen Umsetzung?

Diese zentrale Frage steht im Fokus des 13. Datenschutztags. Diskutieren Sie am 24. September 2025 in Hanau mit uns über innovative Ansätze und rechtskonforme, praxisnahe Lösungen. Ob Fachperson oder Interessierte – nutzen Sie die Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung rund um eines der wichtigsten Themen unserer Zeit.

Wie in den Vorjahren moderiert Susanne Schöne den Tag und führt durch das Programm. Steffen Lünig, Datenschutzbeauftragter und Stand-up-Comedian, eröffnet mit seiner Keynote „Mit der DSGVO kann man keine Freunde finden“. Es erwarten Sie spannende Fachvorträge und Gespräche mit Expertinnen und Experten – mit Fokus auf die neue KI-Verordnung und deren Einfluss auf den Datenschutz. Zum Abschluss beantwortet Prof. Dr. Alexander Roßnagel, Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, gemeinsam mit seinem Team Ihre Fragen in einer Podiumsrunde.

Wir freuen uns auf Sie!

Jetzt anmelden:



www.ekom21.de/kdst